



# DIE DRESDNER UNION

Journal der CDU Dresden  
[www.cdu-dresden.de](http://www.cdu-dresden.de)

**Meinungen & Positionen  
zur Asylpolitik**

Seiten 4-12

**Festveranstaltung  
70 Jahre CDU Dresden**

Seiten 20-21

**Offizielle Einladung  
zum 48. Kreisparteitag**

Seite 13

## 25 Jahre Deutsche Einheit Unser Land vor neuen Herausforderungen



**CDU**

DIE DRESDNER UNION

# Magerzinsen auf Sparbuch, Tagesgeld und Co... müssen nicht sein!

Die Top-Anlage der Bayerischen bietet hohe Rendite bei gleichzeitig hoher Sicherheit.  
So sicher, wie es nur eine Versicherung garantiert. Ein Beispiel, das sich sehen lassen kann:



Laufzeit: 5 Jahre · Anlagebeispiel: 30.000,00 EUR · garantierte Leistung: 30.371 EUR  
mögl. Ablaufleistung: 33.456 EUR · mögl. Rendite: 2,2 %

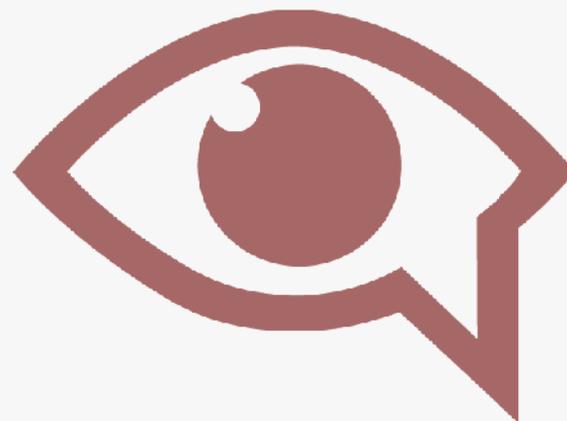
\* Beispiel: Kundenalter 30 Jahre, Voraussetzung für die dargestellte Ablaufleistung, Ertrag und Rendite:  
Die für 2015 deklarierte Überschussbeteiligung der Bayerischen bleibt während der gesamten Laufzeit unverändert.

Geschäftsstelle die Bayerische  
Schandauer Str. 34  
01309 Dresden

Tel: 0351 / 26354752  
Email: [geschaeftsstelledresden@diebayerische.de](mailto:geschaeftsstelledresden@diebayerische.de)

 **die Bayerische**  
Versichert nach dem Reinheitsgebot

 **agentur  
dresden**



marketing & kommunikation  
print | illustrationen | corporate design  
verpackungsdesign | non-print

Z&Z Agentur Dresden | Micktner Straße 20, 01139 Dresden | 0351 8588-137 | [www.zzagentur.de](http://www.zzagentur.de)

# Liebe Mitglieder und Freunde der Dresdner Union,

*Christian Hartmann MdL,  
Vorsitzender CDU Dresden*



das Thema Asyl ist derzeit in aller Munde.

Es bestimmt nicht nur die täglichen Nachrichten, sondern auch den Takt des derzeitigen politischen Geschehens. Seit August hat sich die Asylsituation noch einmal verschärft und die Zahl der Asylsuchenden ist rapide in die Höhe geschossen. Allein in den letzten beiden Monaten kamen mehrere zehntausende Menschen nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen; in Sachsen kamen allein im Monat September ca. 9000 Menschen an. So ist es nicht verwunderlich, dass eine lebhaftige Debatte darüber begonnen hat, ob uns der Zuzug irgendwann überfordert und wie Deutschland diese gewaltige Aufgabe leisten kann? Die Bevölkerung erwartet hierauf Antworten von den politischen Verantwortlichen – und das zu Recht! Die Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015 hat auf die dringlichsten Fragen erste Antworten gegeben. Der Bund wird sich nun direkt an der Finanzierung der Aufwendungen der Länder für Asylbewerber beteiligen (670 EUR monatlich für die Dauer von der Registrierungsverfahren bis zur Entscheidung beim BAMF). Asylverfahren sollen beschleunigt werden und Albanien, Kosovo sowie Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten im Sinne von Art. 16a Absatz 3 Grundgesetz bestimmt. Mögliche Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge sollen beseitigt werden: u.a. wird in Erstaufnahmeeinrichtungen das Prinzip Sach- vor Geldleistung Anwendung finden und der Bund die Länder bei der Rückführung ab-

gelehnter Asylbewerber unterstützen. (Näheres zu den Beschlüssen finden Sie unter: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)).

Insbesondere die Kommunen stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Auch Dresden hat, neben den bestehenden Interims-Erstaufnahmeeinrichtungen, die Unterbringung mehrerer Tausend Asylsuchender zu schultern. Ebenso werden in Dresden ab 2016 bis zu 500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erwartet, für deren Betreuung die Stadt zu sorgen hat. Eine zentrale Rolle kommt den Kommunen vor allem bei der Integration zu. Integration und gesellschaftliche Teilhabe müssen vor Ort stattfinden. Neben professionellen Angeboten von staatlichen Stellen, Vereinen und Initiativen, ist vor allem das gesellschaftliche Engagement der Bevölkerung ein wesentlicher Baustein für eine gelingende Integration. Dabei muss klar definiert werden, was wir unter Integration verstehen und wie wir unsere Regeln, Normen und Werte vermitteln wollen. Hier werden wir auch als Dresdner Union Lösungen anbieten müssen.

Die Asyl- und Flüchtlingsfrage sowie die Integrationspolitik sind zwei Themen, mit denen wir uns als Partei in den nächsten Jahren auseinandersetzen haben. Daneben stehen in unserer Stadt jedoch auch andere inhaltliche Fragen auf der politischen Agenda. So bewegt u.a. das Thema Wohnen die Bürgerinnen und Bürger Dresdens. Als CDU müssen wir hierzu wieder eine klare Position finden. Dies gilt insbesondere für die Vorlage der Stadt zum Thema Wohnen. Der wieder gegründete AK Wohnen wird hierzu, unter der Moderation von Patrick Schreiber, Ingo Flemming und Peter Krüger, Standpunkte erarbeiten. Auch das Thema

Sicherheit & Ordnung rückt mit der Wiederbelebung des AK Sicherheit, unter der Leitung von Willy Merker und Daniel Massa, wieder stärker in den Fokus unserer politischen Arbeit. Und im Bereich Kultur wirft die Bewerbung Dresdens für das Europäische Kulturhauptstadtjahr 2025 ihre Schatten voraus. In all diesen inhaltlichen Fragen ist die enge Zusammenarbeit zwischen Parteiführung, Stadtratsfraktion und unseren Mitgliedern das A&O – nur so können wir Positionen finden, die sich auf eine breite Basis stützen und unserem Anspruch als Volkspartei gerecht werden. Daher möchte ich Sie als Mitglieder bitten: seien Sie aktiv, diskutieren und streiten Sie mit, um die besten Positionen. Es lohnt sich!

Neben inhaltlichen Aspekten müssen wir uns als Partei jedoch auch mit personellen Fragen auseinandersetzen. Am 6. November wählen wir einen neuen Kreisvorstand, dessen Aufgabe es im Wesentlichen sein wird, die Neuausrichtung der politischen Arbeit der Dresdner Union, gemeinsam mit den Mitgliedern, zu gestalten. Die Wahl des neuen Kreisvorstands ist somit auch eine Richtungsentscheidung, über die zukünftige inhaltliche, personelle und strukturelle Ausrichtung unserer Partei.

Ich lade Sie daher ein, zahlreich am 6. November Ihre Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen. Machen Sie von Ihrer Stimme Gebrauch und wählen Sie einen starken Kreisvorstand, der unsere Partei für die kommenden Aufgaben rüstet.

Christian Hartmann

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband Dresden  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden  
tel.: 0351 82966-22  
fax: 0351 82966-25  
e-mail: [buerocdu-dresden.de](mailto:buerocdu-dresden.de)  
web: [www.cdu-dresden.de](http://www.cdu-dresden.de)

**Bankverbindung:**  
Ostsächsische Sparkasse Dresden  
Kto-Nr.: 3 120 240 388  
BLZ: 850 503 00

**Redaktion:**  
Dietmar Haßler, Patrick Schreiber MdL,  
Sandra Pohle, Carla Zschoppe,  
Dr. Martin Kuhrau, Marcel Duparré

**Druck:**  
Union Druckerei GmbH  
Hermann-Mende-Str. 7, 01099 Dresden  
tel.: 0351 80002-0  
fax: 0351 80002-28

**Satz und Gestaltung:**  
Z&Z Agentur Dresden  
Micktner Straße 20, 01139 Dresden  
tel.: 0351 85881-37  
fax: 0351 85881-84  
e-mail: [design@zzagentur.de](mailto:design@zzagentur.de)  
web: [www.zzagentur.de](http://www.zzagentur.de)

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autoren verantwortlich.  
Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

**Auszug Media Daten:**  
Text ohne Bilder  
1 Seite: max. 4800 Zeichen inkl. Leerzeichen  
1/2 Seite: max. 2000 Zeichen inkl. LZ

Text mit Bildern  
1 Seite: max. 3200-4300 Zeichen inkl. LZ (je nach Bildern)  
1/2 Seite: max. 1550-1900 Zeichen inkl. LZ (1-2 Bilder)

Titelbild: © Anja Upmeier, DML Lizenz / Nutzung: Namensnennung-Kommerziell (DML BY)

Die »DRESDNER UNION« erscheint wieder im Dezember 2015.  
**Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe ist am **15.11.2015**.

# Stetig steigende Zahl Asylsuchender als enorme Herausforderung für Freistaat und Kommunen

Markus Ulbig MdL

Menschen, die ihre Heimatländer auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Verfolgung und Gewalt verlassen, haben in der Bundesrepublik Deutschland, gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), ein Anrecht auf Asyl. Im August hat die Bundesregierung ihre Prognose für in Deutschland ankommende Asylsuchende auf ca. 800.000 erhöht. Eine weitere Steigerung ist nicht ausgeschlossen. Noch im Februar lag die zu erwartende Anzahl laut dem zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei ca. 250.000, im Juni dieses Jahres wurde eine Asylbewerberzahl von 400.000 prognostiziert.

Dieser enorm hohe und kurzfristige Anstieg stellt auch für den Freistaat Sachsen und die sächsischen Kommunen eine sehr große Herausforderung dar. Nach dem Königsteiner Schlüssel werden die Asylsuchenden, unter Maßgabe der Bezugsgrößen von Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft, auf die deutschen Bundesländer verteilt. Dem Freistaat Sachsen werden nach dieser Aufschlüsselung ca. 5,1 Prozent der Asylsuchenden zugewiesen. Für das Jahr 2015 sind dies rund 40.800 Asylsuchende. Noch im Februar wurde laut BAMF-Prognose mit nur etwa 12.500 Asylbegehren gerechnet.

In Sachsen angekommen, werden die vom Bund zugewiesenen Asylbewerber derzeit für maximal drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) des Freistaates untergebracht, bevor sie den Landkreisen und Kreisfreien Städten zugewiesen werden. Ziel ist es, das Asylverfahren in dieser Zeit abzuschließen. Davon sind wir jedoch weit entfernt; das lassen die Kapazitäten des BAMF derzeit noch nicht zu. Deshalb habe ich gemeinsam mit meinen Länderkollegen die Bundesregierung aufgefordert, eine noch schnellere und deutliche Personalaufstockung vorzunehmen.

Ende des letzten Jahres reagierte die Staatsregierung auf den Anstieg der Asylsuchenden mit einem Drei-Standorte-Konzept. Mit diesem sollten die Kapazitäten des damaligen Standortes Chemnitz, mit seiner Außenstelle in Schneeberg, um Leipzig und Dresden erweitert werden. Geplant war eine EAE-Kapa-

zität von insgesamt 5000 Plätzen. Nachdem sich nun die bundesweite Prognose im August im Vergleich zum Juni verdoppelt hat, wurden auch die EAE-Kapazitäten entsprechend auf 10.000 Plätze und 3.500 Reserveplätze erhöht. Zudem wird es eine zusätzliche Außenstelle in Zwickau geben. Die Dynamik des Jahres 2015 und vor allem einzelner Monate zeigt, dass bis zur Fertigstellung entsprechender Kapazitäten, auch auf kurzfristige Notlagen zielführend reagiert werden muss. Bis dahin müssen wir als Freistaat auf Interimslösungen zurückgreifen. Wir haben den Bedarf angesichts des dramatischen Anstiegs der Flüchtlingszahlen zwischenzeitlich auf 15.000 Plätze erhöht und werden diesen, falls erforderlich, weiter anpassen. Im Vordergrund steht dabei eine existenzielle Grundversorgung.

Das Konzept des Freistaates sieht für die Region Dresden eine unbefristete Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtung von derzeit 3.600 Plätzen, verteilt auf eine Außenstelle am Hammerweg in Dresden und mehrere weitere Standorte, vor. Die Kapazität soll schrittweise aufgebaut werden; vorübergehend wird es Zwischenstandorte geben.

Nach ihrem Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung werden die Asylbewerber an die kommunalen Unterbringungsbehörden übergeben und in den Landkreisen und Kreisfreien Städten untergebracht. Je nach Ausgang des Asylverfahrens erhalten Sie einen dauerhaften Aufenthaltstitel, werden im Bundesgebiet geduldet oder müssen ausreisen. Kommen sie ihrer Ausreisepflicht nicht nach, werden sie in ihre Heimatländer zurückgeführt. Ausländer mit einem dauerhaften Aufenthaltstitel müssen schnell in die Gesellschaft integriert werden.

Die Landkreise und Kreisfreien Städte sind unsere wichtigsten Partner in Sachen Asyl. Sie sorgen für die Unterbringung nach der Erstaufnahme und stemmen dafür große Lasten. Die Kommunen werden durch die Landesdirektion Sachsen so zeitnah und so umfassend wie möglich über die Prognosen des BAMF informiert, um ihre Kapazitäten zur Unterkunft ausrichten zu können. Der Bedarf hierfür wird deutlich ansteigen.

Für die Landeshauptstadt Dresden gilt eine Unterbringungsquote von 13,15 Prozent. Im laufenden Jahr 2015 muss die Stadtverwaltung somit voraussichtlich Unterkünfte für bis zu 3000 und für die Folgejahre für jeweils rund 5000 Asylbewerber bereitstellen.

Ohne tatkräftige Unterstützung des Landes ist das auf Dauer nicht machbar. Für die Unterbringung erhalten die Landkreise und Kreisfreien Städte vom Freistaat Sachsen eine Kostenerstattung in Form einer gesetzlich festgelegten und von der Universität Leipzig per Gutachten überprüften Pauschale in Höhe von 7.600 Euro pro Asylbewerber im Jahr. Zusätzlich stellen wir den Landkreisen und Kreisfreien Städten in diesem Jahr und auch im nächsten pauschal jeweils 30 Millionen Euro zur Verfügung und haben die Anpassung der Unterbringungs-pauschale mit Wirkung für 2016 eingeplant. Im Ergebnis der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015 wird der Bund den Ländern weitere erhebliche Finanzmittel zur Verfügung stellen, die zum Großteil an die Kommunen weiterfließen. Außerdem werden wir den allgemeinen Investitionsbedarf der Kommunen aktiv unterstützen und haben auch unsere Städtebauförderrichtlinien auf diese Situation ausgerichtet.

Die Herausforderung Asyl ist aber auch eine gesamtdeutsche und eine gesamteuropäische Aufgabe. Politik, Verwaltung und die Menschen vor Ort können diese nur gemeinsam bewältigen! Der Bund und die EU müssen dabei insbesondere den Fokus auf die Bekämpfung der Fluchtursachen legen, um langfristig die Zahl der Asylsuchenden zu verringern. Sachsen macht sich hierfür gegenüber dem Bund stark.

Auf der offiziellen Seite des Freistaates Sachsen finden Sie detaillierte Informationen und Publikationen rund um das Thema Flüchtlinge, Asylverfahren und Maßnahmen der Sächsischen Staatsregierung: <http://www.sachsen.de/asylinfo.jsp> ■

# Klare Positionen in der Asylpolitik

Christian Hartmann Mdl

Die aktuellen Entwicklungen in der Asylfrage stellen die Bundesrepublik Deutschland und auch uns Sachsen vor besondere Aufgaben. Diese können nur gemeinsam von Bürgergesellschaft, Behörden und Politik gelöst werden. Die prognostizierte Zahl von 800.000 Menschen, die in diesem Jahr wegen politischer oder religiöser Verfolgung, Flucht vor Krieg, Gewalt und Vertreibung Zuflucht bei uns suchen oder auf der Suche nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen Not in ihrer Heimat sind, stellen uns vor eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aller Wahrscheinlichkeit wird die Zahl in diesem Jahr noch höher ausfallen, es ist sogar von etwa 1,5 Mio. Flüchtlingen für das Jahr 2015 die Rede. Sollte sich die Zahl bewahrheiten, überschreiten wir die Grenze des Machbaren.

Gemäß der Verteilungsquote des Königsteiner Schlüssels würde dies bedeuten, dass der Freistaat Sachsen rund 75.000 Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müsste. Nach den derzeitigen Prognosen geht man noch von etwa 42.000 Flüchtlingen aus. Aktuell versorgt der Freistaat mehr als 35.000 Asylsuchende.

Einerseits gilt es, dass wir als politisch Verantwortliche – gemeinsam mit den staatlichen Behörden – schnell zu adäquaten Lösungen kommen, mit denen all jenen geholfen wird, die in ihrer Not zu uns kommen. Hier braucht es eine umfassende Integrationspolitik, deren Ziele wir klar formulieren müssen. Schließlich geht es darum, vor allem denjenigen Menschen, die zu uns kommen und bei uns aus guten Gründen bleiben können, unsere gesellschaftlichen Normen und Werte zu vermitteln. Es ist unsere Aufgabe, sie zu befähigen, in unserer Gesellschaft als gut integrierte Mitglieder leben zu können. Gleichwohl können und müssen wir von ihnen erwarten, dass sie unsere Hilfen zu Integration annehmen und alle Anstrengungen unternehmen, Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Andererseits sind all diejenigen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel haben – also nicht als asylberechtigt anerkannt sind – konsequenter zurückzuführen, als das bisher der Fall gewesen ist. Die Abschiebep Praxis muss darum deutlich verbessert werden. Nur so entlasten wir das Aufnahmesystem und stärken das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer staatlichen Institutionen.

Es sind also immer zwei Dinge im Blick zu behalten, wenn es um das Thema Asyl geht. Nicht das Entweder-oder, sondern das Sowohl-als-auch führt in der Asylpolitik zu nachhaltig tragfähigen und gerechten Lösungen. Wir kommen daher nicht umhin, einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, wie wir in Deutschland langfristig mit dem Thema Migration und Asyl umgehen wollen. Es braucht Ideen und Konzepte, die ein Bild davon zeichnen, wie sich Deutschland in den nächsten Jahren gesellschaftlich entwickeln soll. Dazu gehört auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Islam und – ganz allgemein – den kulturellen Hintergründen jener Menschen, die zu uns kommen. Hier sind Klischees und Vorurteile fehl am Platz; gefordert ist ein ernsthafter Dialog. Wir müssen uns mit einer Vielzahl von Fragen auseinandersetzen, die unser gesellschaftliches Zusammenleben betreffen. Dabei gilt es natürlich auch, all jenen, die hier eine neue Heimat suchen, deutlich zu machen, dass es Normen und Werte in unserer Gesellschaft gibt, die nicht zur Disposition stehen und deren gelebte Praxis zentrales Element einer gelungenen Integration ist.

Denjenigen in unserem Land, die durch fremdenfeindliche und menschenverachtende Äußerung sich Gehör zu verschaffen versuchen, erteile ich eine klare Absage. So etwas hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Das betrifft auch Äußerungen im Internet mit seinen sozialen Netzwerken: Auch dies ist kein rechtsfreier Raum, in dem rassistische Pöbeleien und Hetze gegen

Fremde ungeahndet bleiben. Die Meinungsfreiheit ist dabei natürlich ein hohes, schützenswertes Gut unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dort wo sie missbraucht wird, um die Würde derjenigen zu verletzen, die Schutz bei uns suchen, muss der Staat entschieden dagegen vorgehen. Freiheit sollte niemals missbraucht werden, um die Freiheit und persönliche Unversehrtheit anderer zu verletzen. Wer aus Angst und Sorge vor Gewalt und Überfremdung selbst zum Gewalttäter wird, hat nicht nur jegliches Recht verspielt Gehör für seine Positionen zu finden, sondern ihm wird mit aller Entschiedenheit und der gesamten Härte des Rechtsstaates entgegengetreten.

Angesichts der möglichen zu erwartenden Zahlen für dieses Jahr, sprechen wir von einer vollkommen neuen Dimension in der Flüchtlingsfrage. Sollten sich diese Zahlen als tragfähige Prognose bewahrheiten, dann ist die Grenze dessen, was Freistaat und Kommunen noch realistisch leisten können erreicht. Behörden, Polizei, Hilfsorganisationen und viele freiwillige Helfer arbeiten schon jetzt an ihrer Belastungsgrenze. Sachsen will und wird auch weiterhin Flüchtlingen und Asylsuchende helfen. Die derzeitige Geschwindigkeit, mit der sich die Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen füllen, reizt die Belastbarkeit des Hilfesystems jedoch auf das Äußerste aus. Wir müssen uns die Frage stellen, ob unser Wille zu helfen noch moralisch ist, wenn wir selbst hilflos vor dieser Situation stehen. Wir müssen offen darüber sprechen, was realistisch überhaupt noch möglich ist. Diese Diskussion müssen wir jetzt führen.

Das Positionspapier der CDU Landtagsfraktion zur sächsischen Asylpolitik – das Sie in dieser Ausgabe finden – ist ein erster Schritt, konkrete Lösungen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder anzustreben (*es reflektiert jedoch noch nicht die aktuell möglichen Zahlen von 1,5 Mio. Flüchtlingen für das Jahr 2015*). ■

# Forderungen der CDU-Landtagsfraktion in der sächsischen Asylpolitik

Die gegenwärtige humanitäre und gesellschaftliche Herausforderung, vor der die Bundesrepublik Deutschland und auch der Freistaat Sachsen stehen, fordert ein **klares Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zur UN-Flüchtlingskonvention**. In Anbetracht der aktuellen Entwicklung ist davon auszugehen, dass bis Ende 2015 etwa eine Million Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen oder die bessere gesellschaftliche wie wirtschaftliche Verhältnisse suchen, in der Bundesrepublik Deutschland ankommen werden.

Für den Freistaat Sachsen bedeutet dies, dass wir **bis Ende des Jahres etwa 50.000 Menschen bei uns aufnehmen** werden und für deren menschenwürdige Behandlung und Unterbringung Sorge zu tragen haben. Vermutlich werden auch in den nächsten Jahren, aufgrund der sich verschlechternden Situation in vielen Kriegs- und Krisenregionen, eine Vielzahl von Menschen Zuflucht in Europa suchen. Dabei werden wir vor die Aufgabe gestellt, den Geflüchte-

ten nicht nur eine humane Unterbringung und Sicherheit zu garantieren, sondern ihnen schnellstmöglich Gewissheit darüber zu verschaffen, ob und welche Perspektiven sie in unserem Land haben.

Diese gesamteuropäische Aufgabe lässt sich nur gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten bewältigen. Auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen braucht es eine Asyl- und Flüchtlingspolitik, die sich den Realitäten stellt und tragfähige Lösungen für die zukünftig zu erwartenden Herausforderungen in diesem Bereich anbietet.

Zum Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am 24. September 2015 in Berlin wurden zahlreiche Forderungen des Freistaates Sachsen aufgenommen.

Die Entscheidungen sind eine gute Grundlage für den weiteren Umgang mit den bestehenden Herausforderungen in der Asyl und Flüchtlingspolitik.

## FORDERUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE UNION

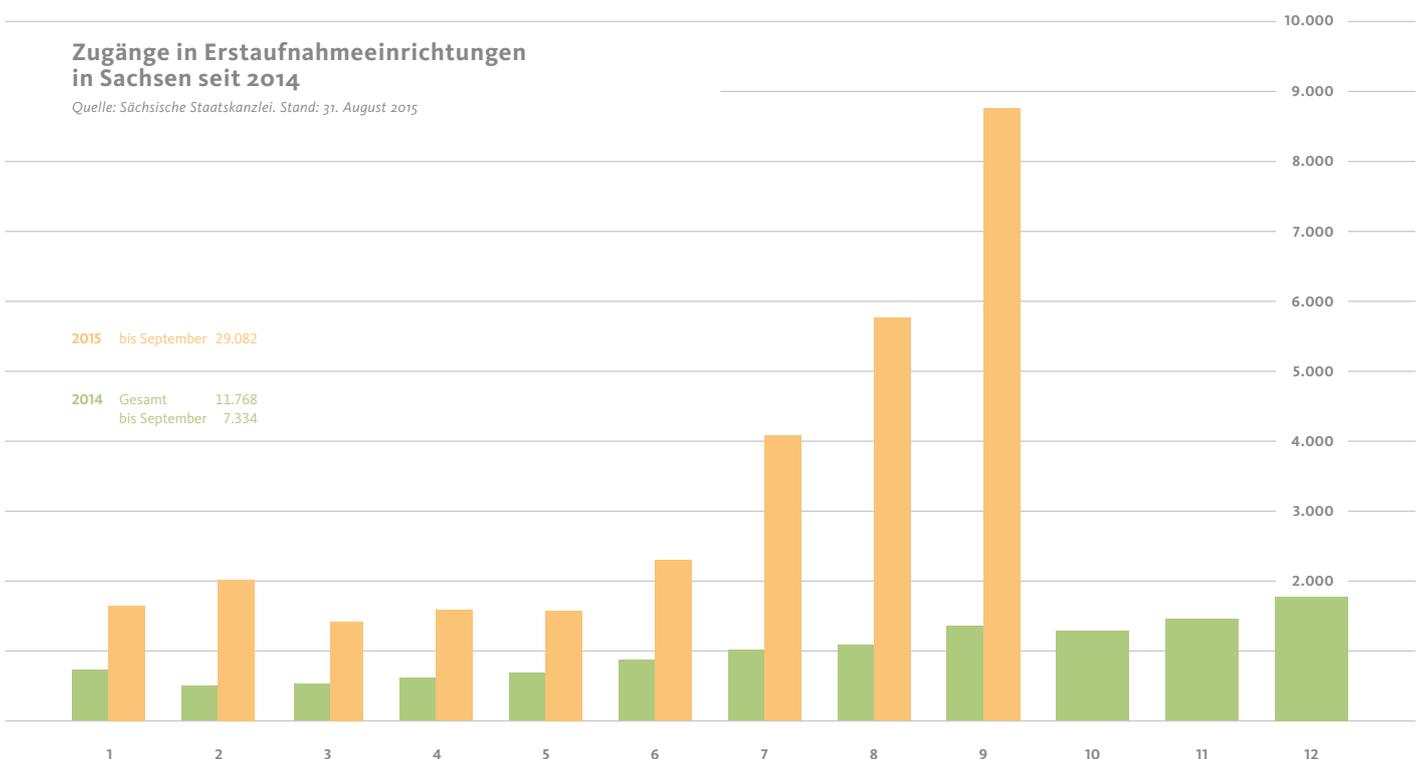
Zur gerechteren Verteilung der Flüchtlinge in Europa sollte ein Steuerungskonzept eingeführt werden, das sich an der Größe des Staates, seiner Einwohnerzahl und dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit orientiert

Das Schengener Abkommen und die Dublin III-Verordnung durch alle EU-Mitgliedsstaaten muss konsequent eingehalten und umgesetzt bzw. auf die aktuellen Entwicklungen hin angepasst werden

Schaffung eines standardisierten Leistungspaketes – insbesondere für die bezahlte, behördlich organisierte Unterbringung und Verpflegung in den ersten Monaten –, das gemeinsam durch die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten finanziert wird und in allen EU-Ländern zum Einsatz kommt

### Zugänge in Erstaufnahmeeinrichtungen in Sachsen seit 2014

Quelle: Sächsische Staatskanzlei, Stand: 31. August 2015



## FORDERUNGEN AN DEN BUND UND DEN FREISTAAT SACHSEN

Finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund: Wer für die einzelnen gesetzlichen Stellschrauben wie Europa- und Außenpolitik sowie die Asylverfahren zuständig ist, hat auch die Kosten zu übernehmen

Bund trägt ab 2016 die Kosten in Höhe von 670 Euro je Asylsuchenden und Monat von der Registrierung bis zur Erteilung des Erstbescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Einführung beschleunigter Verfahren für Asylsuchende aus Kriegsgebieten ebenso wie für Asylsuchende aus Ländern mit sehr geringer Anerkennungsquote – sollten Verfahren länger als drei Monate bis zum Erstbescheid dauern, soll der Bund die Kosten für die weitere Unterbringung und Verpflegung der Asylsuchenden übernehmen

Bund und Länder haben die beschleunigte Verfahrensbearbeitung für beide Fallgruppen vereinbart

Regelungen schaffen, die es erlauben, Menschen, die keine Aussicht auf die Gewährung von Asyl haben, zeitnah zu informieren und konsequent in ihre Herkunftsländer rückzuführen, sollten sie nicht freiwillig ausreisen – ausreisewillige Asylsuchende sollten durch eine Rückkehrberatung unterstützt werden

Bund und Länder haben sich auf die zügige Umsetzung vollziehbarer Ausreisepflichten verständigt – der Bund wird die Länder bei der Rückführung aktiv unterstützen

Neben Chemnitz sollen noch Leipzig und Dresden eine Außenstelle des BAMF erhalten, um eine schnellere Verfahrensbearbeitung von Asylsuchenden in Sachsen zu gewähren

BAMF-Außenstelle in Leipzig wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen, die Außenstelle in Dresden soll Anfang 2016 folgen

Unterbringung von Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) solange, bis über ihren Antrag rechtskräftig entschieden wurde – wird der Antrag abgelehnt und sind weitere Rechtsmittel ausgeschlossen, kann die Rückführung unmittelbar aus den EAE stattfinden

Frist zum Verbleib in EAEs soll für Asylbewerber auf sechs Monate – aus sicheren Herkunftsländern bis zum Verfahrensabschluss – verlängert werden

Prüfung der Neuausrichtung von Geld- und Sachleistungen für Asylbewerber, wobei auch die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips sowie die Minimierung der Auszahlung des Taschengeldes für Antragsteller nach verfassungsrechtlich zulässigen Kriterien geprüft werden sollte

In EAEs soll das Sachleistungsprinzip auch für das „Taschengeld“ umgesetzt werden – vollziehbar Ausreisepflichtige erhalten nach dem Ausreisedatum keine Leistungen mehr

Mit Feststellung des Asylanspruches müssen umfassende Integrationsangebote zur Verfügung gestellt werden, gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass diese Angebote angenommen werden

Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber und erhöht dafür die finanziellen Mittel – Schwerpunkt liegt beim Erlernen der deutschen Sprache; Zugang zum Arbeitsmarkt soll weiter erleichtert werden

Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, um arbeitssuchende Anspruchsrechtigte und Arbeitgeber schneller an einen Tisch zu bringen – neben den Beratungsangeboten der Arbeitsagenturen sollte das Beratungsangebot auch für mögliche Arbeitgeber ausgebaut werden

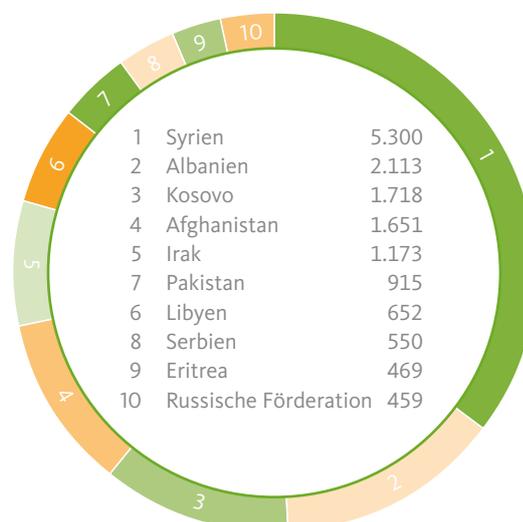
Bundesagentur für Arbeit verstärkt ihre Maßnahmen zur Arbeitsförderung – Leiharbeitsverbot für Asylbewerber wird gelockert, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt soll erleichtert werden

Wiedereinführung einer Wachpolizei in Sachsen für eine kurzfristige Entlastung der Polizei bei der Objektsicherung von Flüchtlingsunterkünften

Gesetzentwurf zur Einführung der Wachpolizei in Sachsen wurde durch die Koalition auf den Weg gebracht – Anfang 2016 sollen stufenweise 550 Wachpolizisten eingestellt werden, zudem wird der künftige Kräfteansatz der sächsischen Polizei zeitnah evaluiert

## Die aktuell zehn häufigsten Herkunftsländer von Asylbewerbern in Sachsen

Quelle: Landesdirektion Sachsen. Stand: 31. August 2015



# Weil es immer um Menschen geht - Flüchtlinge in Sachsen

## Das DRK im Einsatz zwischen Asyl und Einwanderung

Lars Rohwer Mdl

Die Themen Flüchtlinge und Zuwanderung sind derzeit in aller Munde. Für meine Begriffe lassen die zuweilen sehr hitzig geführten Diskussionen an Küchen- oder Stammtischen in unserem Freistaat leider oft die nötige Perspektivität vermissen – die Dinge von der einen, wie auch von der anderen Seite zu bewerten. In der Flüchtlingsdebatte sind nach meiner Meinung besonders jene Menschen besonders aussagefähig, welche sich Tag für Tag hautnah mit den in Sachsen ankommenden Flüchtlingen beschäftigen: wie etwa die Helfer des DRK Sachsen.

Das DRK ist mittlerweile einer der wichtigsten aktiven Komponenten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den sächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE). Es betreut inzwischen zahlreiche Unterkünfte dieser Art, so etwa in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Meißen, Freital, Freiberg und Mittweida. Einrichtungen wie die Zeltstadt auf der Bremer Straße standen in den vergangenen Tagen besonders im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, wobei zwar andauernd die in solchen Unterkünften entstehenden Probleme lautstark diskutiert werden, die eigentliche Arbeit der Einsatzkräfte und deren Leistungen aber viel zu geringe Würdigung erfuhren.

Der großen Verantwortung, innerhalb weniger Tage eine Erstaufnahmeeinrichtung zu errichten und zu betreuen, stellte sich das Deutsche Rote Kreuz Ende Juli 2015. Gelingen konnte dies nur in Kooperation mit weiteren, tatkräftigen Partnern, wie dem THW. So wurde es möglich innerhalb weniger Tage eine Aufnahmekapazität von um die 1000 Plätze für Menschen jeder Herkunft zur Verfügung zu stellen. Dabei galt es, nicht nur schnellstmöglich Flächen für Zelte zu erschließen, sondern auch für den Aufbau geeigneter Sanitäreinrichtungen zu sorgen, welche den Ansprüchen an eine solch große Unterbringung genügten. Ebenso musste die Essensversorgung sowie ärztliche Betreuung sichergestellt werden. Bei all diesen organisatorischen und logistischen Herausforderungen durfte dennoch nie aus den Augen verloren werden, dass bald schon Menschen

kommen werden, welche teilweise (sicher nicht alle) im wahrsten Sinne des Wortes durch die Hölle gingen, aus Kriegsgebieten kommen und um ihr Leben bangen mussten. Denen gilt in besonderer Weise unsere Unterstützung. Speziell die Kinder fielen mir dabei ins Auge. Es war den Helfern in der Zeltstadt ein besonderes Anliegen, vor allem den jüngsten eine halbwegs „normale“ Umgebung zu bereiten. Sie sorgten für Spielmöglichkeiten im Camp. Es sind in erster Linie solche kleinen, für uns selbstverständlichen Dinge, welche den nach Wochen der Flucht bei uns ankommenden Menschen wieder etwas Hoffnung spenden. Ihre Kriegs- und Fluchterfahrungen führten zu teilweise schweren Traumata. Die völlig entwurzelten Menschen kennen teilweise keinen normalen Tagesablauf mehr. Der einfache Toilettengang wird zum Abenteuer, Wasserversorgung zu einer höchst anspruchsvollen Aufgabe der Einsatzkräfte.

Als einfaches Beispiel lässt sich an dieser Stelle das Problem der Trinkwasserversorgung insbesondere während der heißen Augusttage anführen. Vor dem Hintergrund des herkunftsbedingten Misstrauens der Flüchtlinge gegenüber der Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser, musste das DRK in Bezug auf die Trinkwasserversorgung in der EAE eine rasche Lösung finden. In den meisten Ländern ist das Misstrauen gegenüber Leitungswasser sehr wohl begründet, da andernorts dieses keinesfalls den hohen deutschen Standards entspricht, sondern oftmals gesundheitsgefährdend oder manchmal auch verschmutzt ist. Verschärft wurde diese Herausforderung noch dadurch, dass der größte Teil der Flüchtlinge kein Mineralwasser sondern gewohnheitsmäßig nur stilles Tafelwasser trinkt. In Deutschland sind allerdings 80 Prozent der Trinkwasserproduktion auf Mineralwasser mit Kohlensäure ausgelegt. Nach der Lösung dieser ersten Herausforderung ergaben sich neue ungeahnte Sachverhalte, insbesondere aufgrund des deutschen Pfandsystems. Dies wiederum führte dazu, dass das DRK auf

Tetra Paks umgestiegen ist. In dessen Folge entstanden allerdings Berge von Müll, die mehrmals täglich beräumt werden mussten. Mittlerweile konnten die Helfer des DRK die Flüchtlinge jedoch von der Qualität unseres Leitungswassers überzeugen.

Die tägliche Arbeit gleicht einer Gradwanderung. Ein Flüchtlingslager von circa 1000 Menschen und bis zu 24 Nationalitäten will auf der einen Seite straff organisiert und geführt werden. Auf der anderen Seite gilt es, die Einzelschicksale der Menschen, die teilweise völlig erschöpft hier landen, nicht aus dem Blick zu verlieren. Sowohl mit ethnischen Besonderheiten, als auch mit den Ängsten der Ankommenden muss sehr sensibel verfahren werden, was den Einsatzkräften, welche nebenbei gesagt zum größten Teil ehrenamtlich in der Zeltstadt tätig sind, sehr viel abverlangt. Ihnen gebührt Hochachtung und Respekt für diesen großen Dienst. Ohne die freiwilligen Helfer wären weder der Freistaat, noch die Kommunen in der Lage, so reaktionsschnell zu agieren und dabei immer noch internationale Standards zu garantieren.

Bei all diesen Aufgaben und der ständigen Pressewirksamkeit dieses Themas steht trotz allem die Privatsphäre der geflüchteten Menschen im Vordergrund. Stellen wir uns einmal vor, in unserem Wohnzimmer stünden hundert fremde Menschen, welche uns nicht immer freudselig empfangen. Respektvoller Umgang ist eine Grundvoraussetzung in der Debatte um Flüchtlinge und Zuwanderung. Die in den letzten Tagen im Freistaat angekommenen Flüchtlinge werden nicht die Letzten sein. Mehr als fünf Millionen Menschen sind im Moment weltweit auf der Flucht. Sie verlassen aus den unterschiedlichsten Beweggründen ihre Länder: wegen Krieg und Gewalt, mangelnder Perspektive und auch wirtschaftlichen Problemen. Wer von all den ankommenden Menschen tatsächlich in Deutschland bleiben darf, regelt ganz klar das Grundgesetz: nämlich politisch Verfolgte (Art. 16a Abs. 1). Auf der anderen Seite muss jenen, denen dieses verfas-

sungsmäßige Recht nicht zusteht, dies auch unmissverständlich kommuniziert werden. In Hinblick auf den demographischen Wandel in unserem Land halte ich es dennoch keinesfalls für abwegig, neben den bereits bestehenden Asylregelungen auch über ein Einwanderungsgesetz zu diskutieren. Dieses hätte mit Asyl prinzipiell nichts zu tun, sondern müsste besonders solchen Menschen eine Perspektive in Deutschland eröffnen, welche gewillt sind dauerhaft unser Gemeinwesen aktiv zu unterstützen. Dies ist eine der wohl anspruchsvollsten Aufga-

ben der Politik, die es in naher Zukunft zu bewältigen gilt. Vor allem der Rückhalt des DRK und weiterer Zivil- und Katastrophenschutzeinrichtungen wird den Verantwortlichen in Brüssel, Berlin und nicht zuletzt auch in Dresden sowie vielen weiteren sächsischen Kommunen dabei helfen, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit viel Herz und Augenmaß zu stemmen.

Grundsätzlich würde ich mir wünschen, dass mehr Länder ihrer Solidarität mit den Flüchtenden auch Taten folgen lassen. Es kann nicht als humanitäre Geste der Groß-

zügigkeit gelten, wenn beispielsweise die USA im kommenden Finanzjahr „mindestens“ 10.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen wollen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der amerikanische Präsident Obama sagte, die Flüchtlingskrise sei kein europäisches, sondern ein „Weltproblem“. An dieser Stelle erwarte ich mehr Engagement seitens unserer Partner – nicht nur der europäischen. Denn wie gesagt, die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist nicht nur eine europäische, sondern ein weltweite Aufgabe! ■

## Die aktuelle Flüchtlingskrise – Herausforderung für unsere Gesellschaft

### Bund, Länder und Kommunen haben sich auf erste Sofortmaßnahmen geeinigt

*Andreas Lämmel MdB*

Seit Wochen bestimmt die hohe Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden die öffentliche Diskussion in Deutschland und natürlich auch in unserer Partei. Die Völkerwanderung aus Syrien und dessen Nachbarstaaten und die große Zahl der Flüchtlinge aus Afrika kennen scheinbar nur wenige Ziele, Deutschland, Österreich, Schweden und Norwegen. Der Anteil Deutschlands ist dabei im europäischen Vergleich überproportional hoch und beunruhigt die Menschen in allen Teilen Deutschlands.

Nach Wochen des Streites sind sich der Bund und die Länder endlich über zu ergreifende Notmaßnahmen und deren Finanzierung einig geworden. Dazu gehören insbesondere die wirkliche Beschleunigung der Asylverfahren und die Reduzierung von Fehlanreizen (z.B. Umwandlung von Geld- in Sachleistungen). Die Länder und Kommunen erhalten einen pauschalen Aufwandsersatz (für 2016 zunächst einen Abschlag in Höhe von 2,68 Mrd. €) Die Frage, wer Anspruch auf Asyl hat und wer nicht, wird in einem fairen Verfahren zügig entschieden. Wer keine Bleibeperspektive hat, muss Deutschland wieder verlassen.

Sehr interessant sind für mich die verabredeten Entbürokratisierungen im Baurecht und beim Wohnungsbau. Nur so ist es theoretisch überhaupt möglich, die notwendigen Wohnungen zu erstellen. Ob es in der

Praxis funktioniert wird man sehen. Klar geworden ist wohl mittlerweile allen, dass Deutschland inzwischen so überreguliert ist, das schnelles und unbürokratisches Handeln nicht mehr möglich ist.

Auch auf europäischer Ebene kommt nun endlich Bewegung in die Politik. In den letzten Wochen konnte man den Eindruck gewinnen, die Europäische Kommission hätte sich kollektiv in einen längeren Urlaub verabschiedet. Die EU-Innenminister haben sich am 22.09.2015 auf eine Verteilung von bis zu 120.000 Flüchtlingen verständigt. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt hin zu einer gesamteuropäischen Lösung sein. Die Einrichtung sog. „Hot Spots“ (mehr oder weniger Auffanglagern) in den Ländern an den EU-Außengrenzen ist ein weiterer Baustein, um den Druck auf die deutschen Grenzen zu reduzieren. Italien und Griechenland, sowie wahrscheinlich Bulgarien, werden diese Hot Spots bis Ende November einrichten. Die Länder der EU werden 1 Mrd. Euro für die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den Lagern im Libanon, in Jordanien und der Türkei bereitstellen. Die miserablen Zustände in diesen Lagern haben letztendlich dazu beigetragen, dass sich viele Menschen auf den Marsch nach Europa gemacht haben. Viel zu lange hat auch die UNO mit ihren Hilfsorganisationen nicht wirklich viel zur Verbesserung unternommen.

Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt werden. Damit können die Verfahren für Bewerber aus den Westbalkanländern noch schneller abgeschlossen werden und Rückführungen abgelehnter Bewerber können umgehend erfolgen. Die konsequente Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten wurde verpflichtend vereinbart.

Das Gesamtpaket dieser Vielzahl von Einzelmaßnahmen wird der Deutsche Bundestag voraussichtlich noch im Oktober zur Beratung vorgelegt bekommen. Der Beschluss dieses Gesetzespakets ist dann schnell herbeizuführen um diese Maßnahmen ab November in Kraft setzen zu können.

Damit können diese Sofortmaßnahmen umgesetzt werden. Dies ersetzt jedoch nicht die Diskussion darüber, wie die Integration eines Teiles der Flüchtlinge gelingen kann, welche Obergrenzen an jährlichen Asylsuchenden unser Land verkraften kann und wie wir zu einer einheitlichen Asylgesetzgebung in Europa kommen um die Anreize für Migration nach Europa zu reduzieren, wie wir die innere Sicherheit in Europa und Deutschland gewährleisten können und über welche Maßnahmen wirtschaftliche Entwicklung, z.B. in Afrika, angeschoben werden kann. Dieses Thema wird uns noch viele Jahre beschäftigen. ■

# Christliche Grundwerte – Unser Leitgedanke

Der Arbeitskreis Europa PLUS der CDU Dresden positioniert sich.

*Martin Modschiedler MdL  
Vorsitzender des AK Europa PLUS*



Die derzeitige Flüchtlingskrise war in dieser Dimension nicht vorauszusagen. Insofern sind Schuldzuweisungen, schon gar nicht in pauschalisierter Form, an die

Verwaltung und Politik in Europa, Deutschland, Sachsen und Dresden weder zielführend noch begründet.

Für eine Katastrophe solchen Ausmaßes gibt es keine Muster oder Masterplan. Die in Anbetracht dieser Umstände durch Ehrenamtliche, Hilfsdienste, Politik, Verwaltung, Vereine, Kirchen u. a. erbrachten Leistungen nötigen uns höchsten Respekt ab.

Der Verweis auf die nächsthöhere Verwaltungs- oder Zuständigkeitsebene ist kein Lösungsansatz.

Die Sorgen der Bevölkerung sind selbstverständlich ernst zu nehmen. Der Dialog mit den Menschen ist dringend geboten. Dabei müssen Aufklärung und Differenzierung im Mittelpunkt stehen. Das Schüren von Ängsten bringt niemanden weiter.

Das Wiederholen populistischer und teils demagogischer Lösungsansätze darf kein Mittel der Politik der CDU sein. Das Infrage stellen unserer Rechtsordnung, z. B. durch die Ablehnung eines Individualrechts auf Asyl, ist nicht mit den Grundsätzen der CDU zu vereinbaren. Ein Ruf nach kurzfristiger Grundgesetzänderung ist weder inhaltlich noch praktisch relevant. Es gilt die Themen Asyl, Flüchtlinge und Zuwanderung voneinander zu trennen. Die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge sind – so es in der Macht Deutschlands steht – zu bekämpfen.

Europa muss endlich zusammenfinden. Wir sind enttäuscht vom aktuellen Verhalten einiger europäischer Staaten. Der Umgang mit Flüchtlingen, die immer auch Menschen sind, muss humanen Grundsätzen entsprechen. Jetzt muss Europa beweisen, dass wir eine Wertegemeinschaft sind. Wir können stolz auf unser christlich geprägtes Europa sein. Christlich heißt nicht, dass wir nur die akzeptieren und unterstützen, die uns ähnlich oder gleich sind. Wir leben Christentum in dem wir anständig, verantwortungsvoll und menschlich mit denen umgehen, die unsere Hilfe brauchen.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ein Erfolgsmodell. Die Anziehungskraft dieses Europas ist ungebrochen. Verteidigen wir also unsere Werte gegen Angriffe von innen und von außen.

Wenn wir uns jetzt nicht auf unsere Grundwerte besinnen, werden wir keine Lösungen finden. Das ist im Übrigen keine Träumerei. Wer in Anbetracht von Katastrophen seine Grundwerte vergisst, kann sich nicht bei anderer Gelegenheit auf diese berufen.

Die Flüchtlinge müssen sich den Gegebenheiten in Deutschland anpassen. Auch dabei gelten unumstößlich unsere Grundwerte. Diese müssen den Flüchtlingen und Asylbewerbern in geeigneter Form vermittelt werden. Die Durchsetzung von Recht und Gesetz muss sichergestellt werden. Integration gelingt nur durch beidseitiges Verständnis.

Die CDU hat Entscheidendes für Deutschland geleistet. Auch jetzt ist die Volkspartei CDU gefragt, Problem zu erkennen und zu lösen. Dies kann nur gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung geschehen.

Konkret heißt das:

1. Wir fordern einen EU-Krisengipfel zu diesem Thema. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union müssen dabei eine gemeinsame Strategie entwickeln.

2. In Deutschland müssen Justiz, Polizei, Hilfsdienste und Verwaltung personell so ausgestattet werden, dass die Asylverfahren schnell abgeschlossen, daraus resultierende Abschiebungen umgehend erfolgen und notwendige Integrationsmaßnahmen zügig beginnen können.

3. Alle Länder Europas sind als sichere Herkunftsstaaten zu definieren. Mit diesen sind Rücknahmevereinbarungen zu schließen.

4. Es ist daraufhin zu wirken, den Flüchtlingsstrom mittelfristig zu stoppen. Die Herkunftsländer, aber auch Länder, die schon viele Flüchtlinge aufgenommen haben, müssen finanziell unterstützt werden.

5. Grundlagen unserer Integrationspolitik müssen unsere Werte und unsere Leitkultur sein.

Es gibt in der Frage der Flüchtlingsproblematik keine einfache Lösungen und kein schwarz oder weiß. Dies der deutschen Bevölkerung zu vermitteln, ist Aufgabe der CDU!

Es ist nicht die Frage ob, sondern wie wir helfen! ■

# Was kommt auf uns zu? – Fakten und Schlussfolgerungen zur Flüchtlingsdebatte

Dr. Maximilian Krahe



Die Flüchtlingsdebatte beschäftigt Deutschland. Sie wird oft ideologisch geführt, Fakten stören. Den einen geht es um „Willkommenskultur“, Einwanderung wird zum Selbstzweck; Fragen, wie sich die massive Zuwanderung auf das Zusammenleben in Deutschland auswirkt, welche Kosten sie verursacht und wie die Integration gelingen soll, gelten als unfein. Andere lehnen Zuwanderung generell ab, auch diese brauchen keine Fakten. Beide Wege überzeugen nicht. Schauen wir also zunächst auf die statistischen Daten, ehe wir Schlussfolgerungen ziehen.

Dieses Jahr werden mindestens 800.000 Menschen als „Flüchtlinge“ nach Deutschland kommen; es dürften tatsächlich eine Million werden. Weil die Wanderungsbewegung an Fahrt gewinnt, die schon Angekommenen ihre Erfahrungen mit den noch Daheimgebliebenen teilen, ist für 2016 mit einer weiteren Erhöhung der Zahlen zu rechnen; dies kann von 1,5 bis über 2 Millionen reichen. Diese Einwanderungswelle tritt neben die bereits seit Jahren konstant hohe Immigration im Rahmen der EU-Freizügigkeit und der sonstigen Einwanderungsgründe, wie etwa Familiennachzug oder Arbeitnehmeranwerbung, die ihrerseits noch einmal etwa 200.000 Menschen je Jahr umfasst.

Diejenigen, die als „Flüchtlinge“ nach Deutschland drängen, stammen etwa zur Hälfte aus den Ländern Serbien, Kosovo, Albanien und Mazedonien („Westbalkanstaaten“), im übrigen aus Afrika und dem Nahen Osten. Als Asylbewerber anerkannt wird nahezu niemand. Die Anerkennung erfolgt als „Flüchtling“ im

Sinne der UN-Flüchtlingskonvention. Die Anerkennungsrate ist dabei bei den Bewerbern vom Balkan nahe Null, während die Bewerber aus Afrika oder dem Nahen Osten überwiegend anerkannt werden. Die Anerkennungsquote bei allen Bewerbern liegt bei etwa einem Drittel und damit signifikant höher als in anderen EU-Ländern. Trotz einer Ablehnungsquote von knapp zwei Dritteln – ablehnende Sachentscheidungen und formelle Entscheidungen kumuliert – liegt die Abschiebequote bei weniger als 10 Prozent. Anders ausgedrückt: Die Leute bleiben auch dann im Land, wenn ihre Anträge abgelehnt werden, weshalb auch schnellere Prüfungsverfahren wenig bewirken.

Diejenigen, die kommen, sind ganz überwiegend Männer. Von den in Dresden Ende Juli 2015 untergebrachten Flüchtlingen waren 23 Prozent weiblichen Geschlechts. Diese vergleichsweise hohe Zahl erklärt sich mit der paritätischen Verteilung der Geschlechter bei Kindern. Berücksichtigt man nur die Altersgruppen ab 20 Jahren, so sinkt der Frauenanteil auf 18 Prozent. Dabei gibt es regionale Unterschiede, so liegt der Anteil der Frauen bei Bewerbern aus Nordafrika nochmals deutlich unter demjenigen bei Bewerbern aus dem Westbalkan oder aus Syrien.

Kulturell handelt es sich bei den Bewerbern aus den Westbalkanstaaten überwiegend um Roma, bei den Bewerbern aus dem Nahen Osten und Afrika überwiegend um Muslime, also nicht um die tatsächlich verfolgten orientalischen Christen und Yesiden. Der Anteil der Muslime lag im Jahre 2014 bei allen Bewerbern bei 64 Prozent.

Zur Ausbildung der Ankommenden gibt es keine belastbaren Zahlen. Sicher ist, dass kaum einer Deutsch spricht. Nach

eigenen Angaben sind über 10 Prozent Analphabeten, weitere 25 Prozent nicht über die Grundschule hinausgekommen. Eine abgeschlossene Schulausbildung gibt immerhin die Hälfte an, 15 Prozent waren auf der Hochschule. Dabei sind die Syrer im Durchschnitt besser ausgebildet als die Bewerber aus Nordafrika oder die Roma vom Balkan, aber auch ihr Bildungsniveau liegt signifikant unter dem der deutschen Bevölkerung.

Damit haben wir die Lage, dass bleibt, wer kommt. Die kommen, sind kaum in den deutschen Arbeitsmarkt integrierbar. Selbst, wenn es gelingt, in weniger als einem Jahr deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln, die zur Teilnahme am Arbeitsleben befähigen, ist das sonstige Ausbildungsniveau oft unzureichend. Das gilt insbesondere für die 35 Prozent, die entweder nie in der Schule waren oder nur Grundschulniveau erreicht haben. Bei einer Einwanderung von 1 Million Menschen allein dieses Jahr sind das 350.000, die keine realistische Chance auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Aber auch für diejenigen mit abgeschlossener Schulausbildung sieht es schlecht aus. Der deutsche Arbeitsmarkt weist, erst unlängst durch den Mindestlohn nochmals verstärkt, enorme Hürden für den Eintritt durch Geringqualifizierte auf. Mit Ausnahme der 15 Prozent der Flüchtlinge mit Hochschulabschluss sind die Aussichten einer Integration in den Arbeitsmarkt deshalb eher schlecht. Wir müssen uns also auf eine Zuwanderung von 700.000 bis 800.000 Menschen in die Sozialsysteme allein 2015 einstellen, mit steigender Zahl in den kommenden Jahren. Damit sind die Sozialleistungen im heutigen Umfang nicht mehr finanzierbar.

Auch die soziale Integration dürfte problematisch werden. Es beginnt erneut beim Sprachproblem. Jenseits dessen

sind die Erfahrungen mit der Integration von Muslimen und Roma nicht ermutigend. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Mehrheit der Ankommenden sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren wird, sondern räumlich abgegrenzte Parallelgesellschaften bildet. Ein Szenario mit ethnisch und kulturell abgegrenzten Wohnvierteln, in die sich Polizei und übrige Bevölkerung nicht hineintraut und in denen Banden regieren, ist deutlich wahrscheinlicher als eine überwiegend gelungene Integration in die bestehende Gesellschaft. Solche Viertel werden dann Rückzugsorte für Kriminalität und islamistischen Terror. Dass diesbezüglich Potential besteht ist unlängst in Suhl deutlich geworden, wo etwa 100 syrische Muslime einen Afghanen lynchen wollten, weil dieser drei Seiten aus dem Koran gerissen hatte, und anschließend randalierend durch die Stadt zogen, wo sie erst durch massiven Polizeieinsatz gestoppt werden konnten.

Eine weitere Gefahr folgt aus der Geschlechterlücke. Eine Verteilung der Geschlechter von 80:20 in den sexuell aktiven Altersgruppen bedeutet, dass drei Viertel der ankommenden Männer keine Partnerin finden werden. Bei den Nordafrikanern beträgt der Frauenanteil bei den in Dresden registrierten Flüchtlingen gar weniger als 10 Prozent. Diese Situation kann sich nochmals verschärfen, wenn die ankommenden Frauen Partner aus der deutschen Bevölkerung suchen. Demgegenüber ist wegen ihres geringen Sozialstatus nicht zu erwarten, dass die Flüchtlinge bei deutschen Frauen Chancen haben. Die absehbare Folge wird eine signifikante Steigerung der Anzahl an Sexualstraftaten sein, was etwa in Schwe-

den längst schreckliche Realität ist und sich mit spektakulären Einzelfällen nun auch in Deutschland ankündigt.

Derartige Veränderungen werden gewalttätige Gegenreaktionen von denen hervorrufen, die in besonderer Weise negativ von ihnen betroffen sind. Die Randalen von Heidenau vermitteln einen Vorge-schmack. Wenig spricht dafür, dass es sich um einen Einzelfall handelt, der mit der besonderen sozialen und politischen Lage in Sachsen erklärt werden kann.

Der deutsche Rechtsstaat ist nicht in der Lage, diese Entwicklungen zu beherrschen. Wie in allen pazifzierten westlichen Ländern basiert die Machtausübung im wesentlichen auf dem Vertrauen der Bürger in die Institutionen. Diese verfügen nicht mehr über die Repressionsmittel, ihren Machtanspruch auch gegen nicht kooperative Bevölkerungsteile durchzusetzen. Bei einer Zuwanderung von jährlich über einer Million von nicht integrierten und integrationsfähigen jungen Männern müssen aber Polizei und Justiz in kurzer Zeit tiefgreifend umgebaut werden, wollen sie die Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten und nicht ganze Stadtteile aufgeben, wie es schon in Duisburg-Marxloh, Berlin-Neukölln und den Banlieus von Paris und Marseille geschehen ist.

Die unkontrollierte Zuwanderung von jungen Männern, die kulturell grundlegend anders sozialisiert sind als die deutsche Bevölkerung, ist ein geschichtlich einmaliges Bevölkerungsexperiment. Wenig spricht dafür, dass es gut geht. Vielmehr müssen wir uns auf grundlegende Veränderungen unserer Art zu leben ein-

stellen; unser Land wird härter, gefährlicher, unsolidarischer. Je weiter die Masseneinwanderung voranschreitet, umso geringer die Chance, die negativen Folgen noch durch gutes Management gering zu halten, und umso tiefgreifender die Veränderungen zum Schlechten.

Die Lösung kann nur darin bestehen, wie Australien alle Flüchtlinge, die an den Grenzen und in den EU-Ländern aufgegriffen werden, in Lager außerhalb der Europäischen Union zu transportieren, die unter dem Schutz der NATO stehen. Dort kann geprüft werden, ob ein Fluchtgrund besteht und eine Integration gelingen kann. Nur Menschen, bei denen eine realistische Chance besteht, dass sie sich in die deutsche Gesellschaft einbinden wollen und können, dürfen herein. Das setzt vor allem eine Frauenquote voraus, die wohl nirgends so sinnvoll und wichtig ist wie bei der Einwanderung. Aber auch Sprachkenntnisse und Berufsausbildungen können in den Lagern vermittelt werden und eine spätere legale Einwanderung rechtfertigen. Sonderkontingente für besonders verfolgte Gruppen, etwa orientalische Christen oder Yesiden, nach dem Vorbild der Einwanderungsregelungen für sowjetische Juden in den 1990ern sollten eine solche „australische“ Politik ergänzen. Im Grundsatz muss aber gelten, dass niemand ins Land kommen darf ohne vorherige Prüfung seiner Berechtigung und seiner Integrationsfähigkeit.

Deutschland braucht Einwanderung, aber die richtige. Die Masseneinwanderung von weitgehend nicht integrationsfähigen jungen Männern löst keines unserer Probleme, aber schafft unlösbare neue. Sie verändert Deutschland nicht zum Guten. ■

# Einladung zum 48. Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Dresden

Wahl des Kreisvorstandes – Freitag, 06. November 2015

Ort: Dreikönigskirche – Haus der Kirche, Hauptstraße 23, 01097 Dresden

Beginn: 17.00 Uhr

Der Parteitag wird als öffentliche MITGLIEDERVOLLVERSAMMLUNG durchgeführt

## TAGESORDNUNG – Vorschlag

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"><li>1. Eröffnung und Begrüßung</li><li>2. Regularien</li><li>2.1. Beschlussfassung zur Tagesordnung</li><li>2.2. Wahl der Kommissionen:</li><li>2.3. Tagungsleitung</li><br/><li>Stimmzählkommission</li><li>Mandatsprüfungskommission</li><li>Antragskommission</li><br/><li>3. Grußworte</li><li>4. Berichte</li><li>4.1. Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden</li><li>4.2. Bericht des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden</li><li>4.3. Bericht des Schatzmeisters</li><li>4.4. Bericht des Kassenprüfers</li><li>4.4. Bericht des Vorsitzenden des Kreisparteigerichtes</li><li>5. Aussprache</li><li>6. Entlastung des Vorstandes</li><li>7. Ehrungen</li><br/><li>8. Wahlen</li><li>8.1. Beschluss Redezeit</li><li>8.2. Bericht der Mandatsprüfungskommission</li><li>8.3. Wahl der(s) Vorsitzenden</li><li>8.4.1. Wahl der Stellvertreter</li><li>8.4.2. Wahl der(s) Schatzmeisterin / Schatzmeisters</li></ol> | <ol style="list-style-type: none"><li>8.4.3. Wahl des Pressesprechers [auf Vorschlag der(s) Kreisvorsitzenden (§ 40, Abs. 1)]</li><li>8.5. Wahl der 11 Beisitzer</li><li>8.6. Wahl der 3 Mitglieder des Kreisparteigerichtes und der 3 Stellvertreter</li><li>8.7. Wahl der 2 Kassenprüfer</li><li>8.8. Wahl der Delegierten und Stellvertreter zum Landesparteitag</li><li>8.9. Wahl der zwei Delegierten (Direktmandate) für den Bundesparteitag</li><br/><li>9. Anträge und Beschlussfassung</li><li>10. Schlusswort und Lied der Deutschen</li></ol> <p>Christian Hartmann MdL<br/>Kreisvorsitzender</p> <p>Organisatorische Hinweise:<br/>Stimmberechtigt sind alle Dresdner CDU-Mitglieder, die nach § 7, Abs. 2 der Satzung ihren Beitrag entrichtet haben. Schuldner können dies bis spätestens vor Beginn des Kreisparteitages am Einlass nachholen.</p> <p>Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis zum 26. Oktober 2015 unter Tel. 8296622 oder Fax 82966 25, e-mail buero@cdu-dresden.de, bzw. schriftlich an die CDU-Kreisgeschäftsstelle, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden.</p> <p>Kinderbetreuungswunsch bitte bis 23. Oktober 2015 anmelden!</p> |
|---|--|



## Christian Hartmann MdL

Vorsitz

41 Jahre, Polizeibeamter, ledig, evangelisch-lutherisch,  
weitere Informationen: [www.christian-hartmann.eu](http://www.christian-hartmann.eu)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

über zwei ereignisreiche Jahre liegen seit der letzten Kreisvorstandswahl, zu der sie mir das Vertrauen für das Amt des Kreisvorsitzenden ausgesprochen haben, hinter uns. Unmittelbar nach der Wahl unseres Kreisvorstandes haben wir gemeinsam die Europa- und Kommunalwahlen 2014 in unserer Stadt inhaltlich, organisatorisch und personell vorbereitet. Im Ergebnis eines engagierten und professionellen Wahlkampfes mussten wir im Mai 2014 feststellen, dass wir mit 21 von 70 Stadträten zwar weiterhin die stärkste Fraktion im Stadtrat stellen, aber das Bündnis aus Linke, SPD, Grünen und Piraten eine Mehrheit von 37 Sitzen erringen konnte. Direkt nach den Europa- und Kommunalwahlen schloss sich der Landtagswahlkampf an. Hier ist es uns gemeinsam gelungen, im August 2014 alle sieben Dresdner Direktmandate zu gewinnen. Im Herbst hat sich unsere Oberbürgermeisterin Helma Orosz aus gesundheitlichen Gründen dazu entschieden, vorfristig aus dem Amt auszuschcheiden. Für ihre Arbeit verdient sie unseren Dank und unseren Respekt. Für uns bedeutete dies jedoch, einen neuen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters zu finden. Der Kreisausschuss und unsere Mitglieder folgten dem Vorschlag, Markus Ulbig zu nominieren. Für diese Bereitschaft und den engagierten Wahlkampf, den er bis zum Ende des ersten Wahlganges geführt hat, möchte ich ihm im Namen der gesamten Partei nochmals herzlich danken. Leider konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht von unserem Kandidaten und seinem Programm überzeugen. Markus Ulbig erhielt im ersten Wahlgang nur 15,4 % der Stimmen. Gemeinsam haben wir dann die Entscheidung getroffen, im zweiten Wahlgang Dirk Hilbert zu unterstützen, der im Ergebnis nunmehr neuer Oberbürgermeister unserer Stadt ist.

Vor diesem Hintergrund ist die am 06. November dieses Jahres anstehende Kreisvorstandswahl für die Dresdner Union auch eine kleine Zäsur. Gemeinsam müssen wir entscheiden, wie wir uns für die Zukunft aufstellen wollen. Liberal-konservative Politik ist mehrheitsfähig in Dresden, das hat die Wahl von Dirk Hilbert zum neuen Oberbürgermeister von Dresden gezeigt. Nun gilt es, unseren Kompass neu zu justieren und uns für die kommenden Wahlen fit zu machen. Aus meiner Sicht werden wir in den nächsten zwei Jahren für unseren Kreisverband die Weichen bis 2022 stellen. Dabei gilt es für uns alle die Frage zu beantworten, welche Aufgaben vor uns liegen, wie und nicht zuletzt mit wem wir diese lösen wollen.

Ein erster Schritt hierzu wurde bereits unternommen. In den letzten Wochen habe ich alle Ortsverbände besucht, um intensiv mit diesen über die zukünftigen Aufgaben zu sprechen. Im Wesentlichen ging es dabei um die strukturelle, inhaltliche und personelle Ausrichtung unserer Partei. Flankiert wurden diese Diskussionen in den Ortsverbänden von der Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Baumann, die, auf Basis einer Umfrage unter den Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik und Verwaltung, die thematische Schwerpunktsetzung der CDU evaluiert hat. Beide Ergebnisse möchte ich nutzen, um nun einen Prozess zur Neuausrichtung der politischen Arbeit unserer Partei anzustoßen. Ich bin überzeugt, es wird weiterer intensiver Diskussionen bedürfen, um die notwendigen Schlüsse für unser zukünftiges politisches Handeln ziehen zu können. Ich lade Sie daher herzlich ein, diesen Prozess aktiv mitzugestalten.

Gemeinsam mit Ihnen möchte ich die vor uns liegenden Aufgaben angehen. Die kommenden zwei Jahre ohne Wahlen bieten Gelegenheit uns inhaltlich neu zu positionieren, personell zu erneuern und strukturelle Defizite abzustellen. Wir sollten die Zeit bis zu den nächsten Wahlen effektiv nutzen, um unsere Partei für die kommenden Aufgaben zu rüsten. Die Erneuerung unserer Partei wird sicherlich nicht immer einfach sein, sie wird uns einiges Abverlangen, aber bietet auch die Chance, zu alter Stärke zurückzufinden. Ich bewerbe mich erneut um das Amt des Kreisvorsitzenden, um diesen Prozess der Erneuerung unserer Partei mit zu gestalten. Hierfür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Natürlich ist ein Kreisvorsitzender immer nur so gut wie sein Kreisvorstand. Es braucht eine starke Mannschaft, um die vor uns liegenden Aufgaben angehen zu können. Ich bitte Sie daher, am 06. November am Kreisparteitag teilzunehmen und die neu zu wählenden Mitglieder des Kreisvorstands mit einem breiten Mitgliedervotum auszustatten.

Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen für das Vertrauen, welches Sie mir die letzten zwei Jahren entgegengebracht haben und freue mich, wenn Sie mir dieses auch für die nächsten beiden Jahre gewähren.

Herzlichst

Ihr Christian Hartmann



## Carola Klotzsche

## stellvertretende Vorsitzende

59, ev.-luth., ein Sohn, eine Tochter, Lebensgemeinschaft, Dipl.-Ing.(FH), Bau/Projektleiterin Hochbauamt LH DD  
Ehrenamtlich aktiv: stellv. CDU-Kreisvorsitzende, stellv. Vors. OV Leuben-Laubegast; CDU AK Stadtentwicklung+ Bau; CDU AK Öffentlichkeitsarbeit, Inselfestverein Laubegast, Rockband

Nominiert vom OV Leuben-Laubegast, CDU-Mitglied seit 2004

Liebe Freunde der Dresdner CDU,

am 06. November 2015 bitte ich erneut um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme zur Wahl als stellv. Kreisvorsitzende der Dresdner CDU. Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren Dresden erfolgreich entwickelt und vorangebracht. In vielen Bereichen, insbesondere Stadtentwicklung und Bau, bringe ich mich mit hohem Engagement ein. Sie können sich jederzeit auf mich verlassen. Ich bin ehrlich, geradlinig, kann zuhören und schöpfe auch aus dem Wissen und der Kompetenz von zahlreichen CDU-Freunden. Hochachtung habe ich vor der komplexen und derzeit besonders schwierigen Arbeit unserer Mandatsträger in Bund und Land, aber auch im Stadtrat.

Ich verstehe mich insbesondere als Bindeglied zwischen Mitgliederbasis und Kreisvorstand.

Meine Familie, Freunde und Dresden prägen meinen Lebensmittelpunkt. Aktive Freizeitgestaltung, gute Musik gehören ebenso wie Bürgernähe und ehrenamtliches Engagement dazu. Lebensfreude, Zuversicht, Optimismus und Wertschätzung der Menschen sind meine wichtigsten Lebensbegleiter. Konflikte gehe ich aber nicht aus dem Weg, beteilige mich vorzugsweise an sachorientierter Lösungssuche. Die letzten Wahlen in Dresden waren für die CDU eine Niederlage. Eine ehrliche Analyse der Ursachen haben wir auf den Weg gebracht. Wichtig ist, dass wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, zusammenhalten, nach vorn schauen, nicht aufgeben. Nur so schaffen wir es, dass die CDU nach den nächsten Wahlen in Dresden wieder die politischen Maßstäbe setzt. Grundsätze, Strategie und Ziele der CDU müssen für die Bürgerschaft wieder klar erkennbar sein. Dazu gehört nach meinem Verständnis:

- sachorientierte Oppositionsarbeit der CDU-Stadträte
- bürgernahe, glaubwürdige, transparente und an unseren Werten orientierte Öffentlichkeitsarbeit
- Positionieren für ein weltoffenes Deutschland/Sachsen/Dresden. Für Solidarität und Hilfe für die schutzsuchenden geflüchteten Menschen. Für Transparenz der Aufgabenverteilung zwischen Europa/Bund/Land/Stadt. Für klare Regeln zur Aufnahme/ Verteilung der wirklich Schutzsuchenden. Aber keine Panikmache!
- Wahrung der Schuldenfreiheit in Dresden, Stärkung und bessere Einbindung der Wirtschaft
- Dresdens Stadtentwicklung weitsichtig mit guten Projektideen erfolgreich voranbringen
- das hohe Fachwissen und die Erfahrungen unserer Mitglieder besser nutzen
- niveauevolle, zukunfts- und sachorientierte Diskussionskultur

Das sind meine wichtigsten Grundsätze/Ziele, Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen. Ich freue mich, wenn wir uns am 06. November 2015 sehen und ich auf Ihre Stimme zählen darf.

Herzliche Grüße

Ihre Carola Klotzsche



## Aline Fiedler MdL

## stellvertretende Vorsitzende

Die aktuellen politischen Themen sind herausfordernd. Für die CDU als Volkspartei ist es ein großer wie notwendiger Anspruch diesen vielfältigen Erwartungen gerecht zu werden. Wir wollen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen – das schaffen wir – wenn wir die Menschen erreichen, beteiligen und zum Mitgestalten gewinnen.

Mehr offene und auch kontroverse Diskussionen wünsche ich mir auch innerhalb unserer Partei, stets geprägt vom Respekt gegenüber der Meinung anderer. Das ist nicht immer einfach – aber machbar. Ich möchte dabei mithelfen und mitwirken – als stellvertretende Kreisvorsitzende.

Meine Wurzeln liegen in Dresden. An der TU Dresden habe ich meinen Abschluss als Historikerin gemacht und berufliche Erfahrungen im Finanz- und Kultusministerium gesammelt. Noch heute profitiere ich von der kommunalpolitischen Erfahrung meiner 10-jährigen Mitgliedschaft im Dresdner Stadtrat. Seit 2009 vertrete ich den Dresdner Süden im Sächsischen Landtag.

Ich bin Sprecherin der Landtagsfraktion für Wissenschaft, Hochschule, Kultur und Medien. Politik mit Kultur ist mein Motto. So oft es geht, sammle ich neue Inspirationen in einer unserer wunderbaren Kunst- und Kultureinrichtungen. Beides ist mir wichtig: Die Verbundenheit mit Dresden und die Neugier auf neue Impulse von anderen Orten.



## Patrick Schreiber

## stellvertretender Vorsitzender

Liebe Mitglieder der Dresdner CDU,

in den vergangenen beiden Jahren habe ich als Pressesprecher bereits im geschäftsführenden Kreisvorstand Verantwortung übernommen. Zugegeben: Nicht alles ist dabei so gelaufen, wie wir alle uns das vorgestellt und gewünscht hatten. Niederlagen bedeuten aber nicht automatisch, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern wieder aufzustehen und noch engagierter für die gesteckten Ziele zu kämpfen.

Wir stehen momentan vor schwierigen Herausforderungen:

Einerseits gilt es, die derzeitige Asylkrise zu bewältigen und die entstandene Sprachlosigkeit der politischen Mitte endlich zu überwinden. Es darf einfach nicht sein, dass es heute scheinbar nur noch angebliche Nazis auf der einen und sogenannte „linke Gutmenschen“ auf der anderen Seite gibt. Wir müssen wieder stärker ohne Scheu, etwas Falsches zu sagen, und ohne gegenseitige Vorverurteilungen miteinander diskutieren können. Jeder muss das auch sagen dürfen, was ihn bewegt und vielleicht auch Sorgen bereitet. Für eine neue Kultur und Form des innerparteilichen Dialogs möchte ich mich als stellvertretender Kreisvorsitzender besonders engagieren.

Andererseits muss die CDU in Dresden wieder stärker mit eigenen Vorstellungen für die Zukunft unserer schönen Heimatstadt erkennbar werden. Was verbinden die Bürger unserer Stadt mit der CDU in Dresden? Welche wahrnehmbaren Konzepte und Ideen bieten wir ihnen an und wie grenzen wir uns dabei von Rot-Rot-Grün im Stadtrat ab?

Lassen Sie uns diese Fragen gemeinsam und offen diskutieren und taugliche Antworten finden, unabhängig von persönlichen Befindlichkeiten! Die Stärke einer Volkspartei ist ihre Geschlossenheit nach außen, aber auch die Vielfalt von Ideen und Empfindungen nach innen – gerade in der heutigen Zeit.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie alle mithelfen und mit anpacken, damit in Dresden wieder mit bürgerlicher Stimme gesprochen wird.

Mit besten Grüßen  
Ihr/Euer Patrick Schreiber



## Dr. Christoph Möllers

## Schatzmeister

geboren am 26. Januar 1959 (Bochum, NRW), Wohnhaft in Dresden, Religion: römisch-katholisch, Familienstand: verh., 3 Kinder, Beruf: Rechtsanwalt, Geschäftsführer

ehrenamtliche Tätigkeiten: - Vorstandsmitglied der Rechtsanwaltskammer Sachsen  
- Vorsitzender u. a. des Dresdner Barockviertel Königstraße e. V. und beim Freundeskreis der Städtischen Galerie e.V.

Wichtigste Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung unserer Politik – also Spenden – ist dabei, dass wir mit einem klaren politischen Programm antreten. Dies geht personell nur mit fachlicher Kompetenz, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, die uns aber in ausreichender Zahl leider immer noch fehlt. Mehr Verantwortliche aus der Wirtschaft für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, ist mein Ziel.



Christoph Böhm

1988 in Dresden geboren, derzeit im Verwaltungsstudium an der FHSV Meißen. Seit 2008 Mitglied der CDU und JU.

Stellv. Vorsitzender des CDU-OV Pieschen, schriftführender Beisitzer im JU-KV Dresden und ehemaliger akademischer Senator der EMAU-Greifswald. Bei der politischen

Rückeroberung unseres Dresdens, der Arbeit für eine zukunftsfähige Union sowie der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen, möchte ich tatkräftig mit anpacken und meinen Teil beitragen."



Ingo Flemming

47 Jahre, verh., 2 Kinder, Dipl.-Bauingenieur Stadtrat, Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Bauausschuss, Vorsitzender des OV Dresdner Süden, Vorstandsmitglied der MIT Dresden

Die CDU muss ihr Potential als größte Volkspartei auch in Dresden wieder ausbauen. Schwerpunkte sind dabei ein solides Wirtschaften, eine ausgewogene Stadtentwicklung und eine gute Familienpolitik. Für mich heißt dies, dass eine aktive Mittelstandspolitik nötig ist, dass die Nähe zum Bürger gelebt werden muss und Dresden als Hochschul- und Technologiestandort ausgebaut werden muss.



Elisabeth Galli

41 Jahre, verh., 3 Kinder, kath., OV Neustadt, Rechtsanwältin

Dresden ist eine äußerst lebenswerte Stadt! Weltoffen, innovativ und ein „exzellenter“ Ort für Wissenschaft und Forschung mit internationalem Ansehen.

Das ist das Ergebnis einer äußerst erfolgreichen CDU-Politik. Es gilt, diesen Weg fortzuführen, dabei aber auch aktuelle Herausforderungen (Thema Asyl) zu berücksichtigen und unsere Politik neuen Wählern zugänglich zu machen! Politik in dieser Stadt und in der CDU Dresden mit zu gestalten ist ein Privileg und macht (auch) Freude! Dies möchte ich vermitteln und sehr gerne aktiv mitarbeiten."



Clemens Grafe

21, Student für Bauingenieurwesen an der HTW, ev.-luth., neben der CDU und JU bin ich im Jungen Wirtschaftsrat aktiv.

Zuversichtlich die Zukunft angehen.

Dresden hat mit unserer Union gezeigt, was möglich ist und jetzt steht die Aufgabe an vergangene Erfolge anzuknüpfen. Die Wahlkämpfe haben mir deutlich gezeigt, dafür müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen: Zusammenhalt, Entschlossenheit und Tradition! Dabei sollten wir auch das "Neuland" stärker als bisher wagen: auf ins Zeitalter der CDU-App!



Annett Grundmann

43 J., verh., 2 Kinder, Sozialmanagerin, Stadträtin, Vorstand OV Dresdner Westen, Beisitzerin im KV

Dresden gilt laut einer aktuellen Umfrage als schönste Stadt Deutschlands. Damit dies so bleibt, braucht es eine gute Vereinbarkeit in der Bildungs-, Finanz- bzw. Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre und Leute, die sich der Gestaltung und Verantwortung stellen.

Nur mit transparentem Handeln kann eine effektive Weiterentwicklung u. Prioritätensetzung in unserer schönen Stadt gelingen. Deshalb möchte ich weiter aktiv und mit Herz an den Themen und Aufgaben mitarbeiten, die sich uns jetzt stellen!



Sebastian Kieslich

41 Jahre, katholisch, verheiratet, 2 Kinder, Angestellter beim Caritasverband für Dresden e.V., Vorsitzender des CDU-AK Erinnerungskultur, Mitglied des CDU-Kreisvorstandes, seit 2014 Ortsbeirat in Blasewitz, nominiert für den Kreisvorstand vom Ortsverband Blasewitz / Striesen

Ich will daran mitwirken, dass die CDU Dresden wieder stärker Themen in der Öffentlichkeit besetzt, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Dazu braucht es gut funktionierende Arbeitskreise, die auch in den vorpolitischen Raum hineinwirken. Nicht zuletzt ist mir im Kreisvorstand eine gute und stetige Zusammenarbeit mit Ortsverbänden und Parteigliederungen wichtig.



Dr. Maximilian Krahe

verw., 5 Kinder, kath., Rechtsanwalt und Verwaltungsrat, Vorsitzender OV Zschachwitz

Wir erleben turbulente Zeiten. Die CDU Dresden hat in den vergangenen Jahren viel Vertrauen verloren und bei der OB-Wahl nur noch 15% der Wähler überzeugt. Wir müssen wieder die Partei der Anständigen sein, dürfen uns nicht vor Kritik von links fürchten und unsere Positionen verwässern. Ich trete für eine authentische, verständliche und kämpferische CDU ein: keine Kungelei mit Rot-rot-grün, Begrenzung der Zuwanderung, Sorgen der Wähler ernst nehmen.

Meine Positionen: [www.maximiliankrahe.wordpress.com](http://www.maximiliankrahe.wordpress.com)



Sarah Carola Strugale

43, evangelisch, verheiratet, drei Kinder, Dipl.-Ing. Umweltschutz und Raumordnung sowie Geodäsie

Aktiv für die CDU seit 1992, seit 1999 Mitglied, Mitarbeit im Vorstand des OV sowie Ortsbeirates Dresden Plauen

„In der Politik macht man Dinge aus normativer Überzeugung, weniger auf Basis empirischer Daten.“ So beschrieb Prof. Lang unlängst die aktuelle Situation treffend. Für mich als Wissenschaftlerin und Doktorandin Ansporn es zu ändern und meine Motivation für die Kandidatur als Beisitzerin."



# Sächsische Union gestaltet Zukunft – Asyl und Sicherheit im Mittelpunkt

Mitgliederforum der CDU Dresden  
mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich

Dr. Martin Kuhrau



Die Mitglieder des CDU Kreisverbandes Dresden nutzten die Gelegenheit zu einer offenen Diskussion mit dem CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident **Stanislaw Tillich**.

Ministerpräsident Tillich benannte aktuelle Herausforderungen der Landespolitik. In Gesprächen der Länder mit dem Bund ständen derzeit die Verhandlungen zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs und beim Thema Asyl Änderungen bei den Leistungsgesetzen im Mittelpunkt. Im Erfolgsfall könnten zur Flüchtlingsproblematik auf Bundesebene einige Ziele umgesetzt werden, die der CDU Landesvorstand Sachsen bereits bei einer Klausur in Marienthal beschlossen habe. Bei anderen Parteien seien notwendige Erkenntnisse langsamer gereift.

In der Bildungspolitik gehe es um die Sicherung geeigneten Lehrernachwuchs und den Aufbau weiterer Kapazitäten. Aktuell sollen zusätzliche Lehrer für das Fach Deutsch als Fremdsprache gewonnen werden. Das Erlernen der deutschen Sprache bewertete Tillich als wichtige Voraussetzung für gelingende Integration.

Als weiteres zentrales Thema beschrieb Stanislaw Tillich die Innere Sicherheit.

Die Untersuchung zum Personalbedarf bei der sächsischen Polizei werde vorgezogen. Zusätzlicher Personalbedarf sei bereits absehbar. Die Staatsregierung reagiere bereits darauf. Es komme aber auch auf effizientere Organisation an. Teilweise übernehme die Polizei noch Aufgaben, für die sie nicht zuständig sei, wie die Absicherung von Frühlingsfeuern mancher Dorfgemeinschaft.

Zur besseren Förderung der Kinder- und Jugendarbeit befinde sich die Staatsregierung in intensiven Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden. Bundesmittel in diesem Bereich sollten im Zusammenwirken mit Landesmitteln für die Kommunen nutzbar werden.

Hauptthema der Diskussion war der richtige Umgang mit der aktuellen Problematik steigender Zahlen Asylsuchender. „Grundgesetz und Recht sind für jeden gültig“, stellte Tillich unmissverständlich klar. Es müsse ein Angebot, aber auch die Bereitschaft geben, an der Integration mitzuwirken. In Europa müsse es zum Umgang mit dem Problem zu einem „Abgleich“ kommen. Sichere Außengrenzen bleiben der Grundsatz. Daneben sei Europa gefordert, die Situation in Lagern in der Region, in der Türkei und Jordanien, deutlich zu verbessern.



Weitere die Mitglieder bewegende Themen und Wünsche waren Sicherheitsfragen, Bekämpfung der Drogenkriminalität, Bildung als herausgehobenes Zukunftsthema, eine bessere Erklärung politischer Entscheidungen allgemein, eine gute Diskussionskultur in der Partei und mit den Bürgern, schnelle Vorbereitung und Vermittlung von Migranten in den Arbeitsmarkt. Wiederholt wurde von CDU-Mitgliedern Kritik an der Arbeit der Europäischen Union, vor allem aktuell im Umgang mit dem Asylproblem laut.



Dagegen verteidigte Stanislaw Tillich entschieden die Innenminister des Bundes, **Dr. Thomas de Maiziere**, und Landes, **Markus Ulbig**, gegen Kritik aus dem linken Lager. Beide leisteten bei der Lösung der Probleme gute Arbeit, wertete Tillich.

Abschließend dankte CDU-Kreisvorsitzender **Christian Hartmann** für das konstruktive Gespräch. Er ermunterte die Ortsverbände und Vereinigungen zu ähnlichen Diskussionsforen, auch öffentlich mit den Bürgern.

[Martin.Kuhrau@gmx.de](mailto:Martin.Kuhrau@gmx.de) ■

# Demokratie und Freiheit: 70 Jahre CDU

Sebastian Kieslich



Das Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung lud anlässlich des 70jährigen Bestehens der CDU am 17. September zu einer Festveranstaltung in die Dreikönigskirche. Vor 250 geladenen Gästen – darunter auch Alt-Ministerpräsident Professor Kurt Biedenkopf – sprach der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Alt-Ministerpräsident Professor Bernhard Vogel. Die musikalische Gestaltung übernahm Professor Ludwig Güttler mit seinem Blechbläserensemble.

Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein festlicher Gottesdienst mit Superintendent Albrecht Nollau und dem Dresdner Dekan Dompfarrer Norbert Büchner. Der katholische Würdenträger ging in seiner Predigt auf das Gleichnis vom Sämann ein. Auch die Saat der CDU ging nicht immer auf. Das betrifft insbesondere die DDR-Zeit als sich die CDU offiziell zum Block der Nationalen unter Führung der SED bekannte. Umso mehr wirkte die CDU und mit ihr die Politik des christlichen Menschenbildes in den vergangenen 25 Jahren. Die Wiederaufbaujahre nach der Friedlichen Revolution gehören zu den erfolgreichsten Jahren in der Dresdner Geschichte.

In der anschließenden Festrede richtete Bernhard Vogel den Blick zunächst auf die Geschichte der CDU und die unterschiedlichen Etappen ihrer Entwicklung. Dabei ging er insbesondere auch auf die erfolgreiche Entwicklung der nach 1990 wiedererrich-

teten ostdeutschen Bundesländer ein und würdigte das Engagement vieler Politiker und CDU-Mitglieder. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen mahnte Vogel zum Abschluss seiner Rede an, auch künftig Profil zu zeigen, Unterschiede sichtbar zu machen und dafür zu kämpfen, Unterstützung für die eigenen politischen Vorstellungen zu finden. Der Markenkern der Union, so Vogel, müsse erhalten bleiben. Dabei empfahl er den Verantwortungsträgern gelegentlich ins Grundsatzprogramm beziehungsweise beschlossene Leitpapiere nachzulesen statt neue Programme zu schreiben. Vogel betonte: „Ich bin gekommen, um Ihnen Mut zu machen.“ 1989/90 haben die Dresdner und Sachsen die Kommunisten vom Hofe gejagt und ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Sie können stolz auf das sein, was sie in den vergangenen 25 Jahren geschaffen haben. Vor diesem Hintergrund seien die Herausforderungen von heute mit dem gleichen Elan und den gleichen Mut anzugehen. Die gesamte Rede des KAS-Ehrenvorsitzenden ist zu hören unter <http://www.kas.de/sachsen/publications/42573/>.

Zum Ende der Festaktveranstaltung wurden Dr. Herbert Wagner, langjähriger Oberbürgermeister von Dresden, und Arnold Vaatz MdB für ihre Verdienste an der freiheitlich-

demokratischen Entwicklung des Freistaates Sachsen mit der Konrad-Adenauer-Medaille ausgezeichnet. Die Gestaltung der Medaille kann für die beiden Ehrenden passender nicht sein. Auf der einen Seite ist das Konterfei des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und auf der anderen Seite steht das Zitat Konrad Adenauers, einer bekannten Rede im Deutschen Bundestag: „Wir wählen die Freiheit.“



Herzlichen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung und den Ehrenvorsitzenden Professor Bernhard Vogel. Es war ein würdiges Fest und eine beeindruckende Rede, die Mut für die nächsten 70 Jahre macht. Die Junge Union hat dafür die Wünsche an die CDU von einigen Mitgliedern bereits festgehalten. Wer Interesse und Lust hat, der kann mit einem eigenen Foto seine Wünsche noch per Email unter [buerou@cdu-dresden.de](mailto:buerou@cdu-dresden.de) melden. ■



Ingrid Biedenkopf; Ministerpräsident a.D. Prof. Kurt Biedenkopf; Prof. Bernhard Vogel, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.; Dr. Joachim Klose, Landesbeauftragter (v.l.n.r.)

# Für eine langjährige Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands möchten wir uns sehr herzlich bedanken und gratulieren:

## 70 Jahre Mitgliedschaft

Ruth Ehrhardt, Käthe Helm, Christa Hennig, Professor Karl Vogt

## 65 Jahre Mitgliedschaft

Dr. Wolfgang Glaubitz, Jutta Schepitz, Wolfgang Wahl

## 50 Jahre Mitgliedschaft

Gerhard Arndt

## 40 Jahre Mitgliedschaft

Erhard Adam, Helga Geithner, Sigrid Ihme, Rosemarie Kern,  
Heribert Kollmann, Roland Krieger, Peter Landgraf,  
Wolf-Dieter Müller, Werner Peter, Uta Poll, Rudolf Stolle,  
Karlheinz Wätzig, Dr. Reinhilde Zerbes,  
Hans-Joachim Zimmermann

## 25 Jahre Mitgliedschaft

Hans Augsburg, Dr. Frieder Bahn, Friedrich-Karl Barnack,  
Beate Bartsch, Dieter Bertsch, Dr. Christian Brendler,  
Dr. Harald Broeker, Gisela Clauß, Berndt Dietze, Suzanne Drehwald,  
Frank Dübler, Dr. Michael Elgner, Klaus Engelmann, Christa Eppeler,  
Dr. Wolf-Joachim Fischer, Dr. Ingelore Gaitzsch,  
Dr. Hartmut George, Erhard Greuner, Dr. Eckhard Grumpelt,

Friederike de Haas, Staatsministerin a.D., Bernd Habermann,  
Dr. Gotthard Hansel, Dr. Frank Harzdorf, Karlheinz Hauser,  
Torsten Hempel, Klaus Hentschel, Frank Heinrich, Elke Heyder,  
Paul Hoba, Hans-Joachim Hönig, Ellen Ihlefeld, Erich Iltgen, Land-  
tagspräsident a.D., Steffen Irmer, Tobias Irmscher, Volker Jähnigen,  
Dr. Andreas Jenker, Heinz Kaiser, Christa Kaluza, Regina Kießling,  
Peter Krahl, Prof. Arnulf Kriedner, Andreas Lämmel,  
Wolfgang Lauterbach, Gisela Lehmann, Heinz Lehmann,  
Dr. Klaus Löscher, Angela Malberg, Prof. Hans-Reiner Meinel,  
Erich Mittmann, Silvia Mittmann, Robert Möhrle, Lucas Müller,  
Norbert Müller, Dr. Helmut Münch, Kriemhild Münch,  
Hubert Muschalek, Frank Neupert, Joh. Günther Neupert  
Hans-Joachim Nothelfer, Dr. Michael Olbrich, Lutz-Peter Petzold,  
Prof. Oltwig Pigors, Johannes Rehaag, Christa Reichard,  
Manfred Reiche, Jürgen Reichel, Jürgen Rennecke, Günther Rettich,  
Lars Rohwer, Dr. Harald Röthig, Adolf Rudolf, Heinz Schade,  
Oliver Schenk, Dr. Norbert Schenke, Dr. Alexander Schintlmeister,  
Gunter Schmidt, Volker Schmidt, Michael Schmiemann,  
Ralph Schreiber, Dr. Peter Schumann, Dr. Harmut Schwarze,  
Edmund Seifert, Dr. Steffen Sickert, Nils Stolle,  
Friedlieb-Anthony Subeff, Dr. Joachim Teich,  
Markus Ulbig, Staatsminister, Arnold Vaatz, Dr. Johannes Voß,  
Dr. Herbert Wagner, Frank Weimert, Kriemhild Willems-Volke



Überreichung der Konrad-Adenauer-Medaille an Dr. Herbert Wagner, von 1990 bis 2001 Oberbürgermeister von Dresden, und Arnold Vaatz MdB



Begrüßung durch Dr. Joachim Klose, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für den Freistaat Sachsen

# Griechenland-Hilfspaket: Warum ich mit NEIN gestimmt habe.

Arnold Vaatz MdB

Am 19. August 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das dritte Hilfspaket für Griechenland. Der Pleitestaat bekommt danach bis zu 85,5 Milliarden Euro als Kredite des Euro-Rettungsschirms ESM. 6,2 Milliarden Euro sollen durch den Verkauf von Staatsbesitz erlöst werden, weitere 2 Mrd. € durch Haushaltsüberschüsse. Es sollen 54,1 Mrd. € für die Rückzahlung von Krediten des IWF und Anleihen der EZB einschließlich Zinsen gezahlt werden. 25 Mrd. € stehen als Kapitalzufuhr für die Banken bereit, weitere 7,6 Mrd. € als Reserve für den Staatshaushalt und 7 Mrd. € für noch offene Rechnungen des Staates. 453 Bundestagsabgeordnete stimmten dem Hilfspaket zu, 113 votierten dagegen und 18 enthielten sich. Aus der CDU/CSU kamen 63 Nein-Stimmen, 8 allein aus der Landesgruppe Sachsen.

Ich habe mit Nein gestimmt, da ich keine Hoffnung habe, dass die griechische Regierung die Vereinbarungen diesmal umsetzt. In der Vergangenheit wurden wir immer wieder an der Nase herumgeführt. Die fortwährende Finanzhilfe an Griechenland belohnt permanenten Wortbruch und mangelnde Haushaltsdisziplin. Griechenland wird so seine strukturellen Schwierigkeiten nicht lösen können. Auch andere europäische Staaten werden nicht mehr die Notwendigkeit sehen, sich an geltende Stabilitätskriterien zu halten.

Die Annahmen des Bundesfinanzministers und der Kanzlerin über die zu erwartende Entwicklung Griechenlands sind zu optimistisch. Die Bundesrepublik ist zu gewaltigen Irrtümern fähig. So stritt der Deutsche Bundestag 1990 noch um die Verteilung von 600 Milliarden DM aus der Privatisierung des DDR-Volkseigentums. Außer Schulden konnte letztlich nichts verteilt werden. Auch für die optimistischen Äußerungen der Bundesregierung zur Entwicklung Griechenlands

in den vergangenen fünf Jahren gibt es keine Grundlage. Das bisherige Krisenmanagement hat nicht zum Erfolg geführt.

Die griechische Wirtschaft kommt nicht auf die Beine, die Bevölkerung lebt von der Hand in den Mund und die Schulden wachsen weiter. Griechenland ist zum europäischen Hartz-IV-Land geworden, das dauerhaft von Transferleistungen lebt. Jedes Land in der EU muss aber in der Lage sein, das an Einkommen zu erwirtschaften, das der Staat für seine Leistungen benötigt. Das findet in Griechenland nicht statt. Übrigens auch wenn in Deutschland Transferzahlungen von West nach Ost erfolgen, gibt einen wesentlichen Unterschied: Als die DDR 1990 die D-Mark einführt, musste die Regierung von Lothar de Maizière die Bedingung akzeptieren, dass jede Entscheidung, die sie traf, vom Waigelschen Finanzministerium in Bonn zu genehmigen war. Im Fall Griechenland ist es aber anders. Die Regierung Tsipras hat für sich reklamiert, dass sie zwar Mittel aus der EU erhält, aber über deren Verwendung allein entscheidet. Die Gefahr besteht, dass wir auch in anderen Ländern der Eurozone Regierungen bekommen, die versuchen werden, uns das nach dem griechischen Vorbild abzutrotzen. Auch der Verweis auf eine drohende humanitäre Notlage Griechenlands bei einer Einstellung der Kredite lässt folgendes unberücksichtigt: Seit 25 Jahren gehen die Staaten Mittel- und Osteuropas – vom Baltikum bis nach Bulgarien – genau diesen schwierigen Weg der Transformation und Strukturreform über massive Geldentwertung und Anpassung an den weltweiten Wettbewerb. Die humanitäre Aufregung darüber hat sich im Westen Europas in Grenzen gehalten. Außerdem dürfen wir bei dieser Art von Diskussion nicht die europäischen Staaten außerhalb der Eurozone wie die Ukraine, Bul-

garien oder Albanien vergessen, deren Situation im Vergleich zur griechischen weitaus schlechter ist.

Dennoch nehme ich nach eingehender Prüfung davon Abstand, die Rechtmäßigkeit des 3. Hilfspakets für Griechenland durch das Bundesverfassungsgericht untersuchen zu lassen. Die von mir beauftragten Juristen konnten nicht garantieren, dass das Bundesverfassungsgericht eine solche Klage angenommen hätte. Gleichwohl halte ich das 3. Hilfspaket für Griechenland für rechtswidrig, weil nach meiner Auffassung die Systemrelevanz für das Euro-Währungsgebiet und die Schuldentragfähigkeit von Griechenland nicht gewährleistet sind. Überdies ist die Teilnahme des Internationalen Währungsfonds an dem 3. Hilfspaket nach wie vor ungeklärt. Des Weiteren halte ich es für einen inakzeptablen Zustand, dass keinerlei Rechtswege existieren, die mit Sicherheit zu einer Befassung der Gerichte in Deutschland in dieser Sachfrage führen. Dies halte ich rechtspolitisch für eine bedenkliche Lücke. ■

Anzeige

**EMV DRESDEN**  
IMMOBILIEN  
TREUHAND  
GESELLSCHAFT mbH

**Vermietung · Verwaltung  
Immobilienmanagement**

Kein Risiko bei der Verwaltung  
Ihrer Immobilie!

Bauen Sie auf Leistungsstärke,  
umfassenden Service  
und Kompetenz aus Erfahrung.

**DIE BLAUEN ENGEL**  
Hausmeisterdienst

**24h**  
HAVARIEDIENST  
Telefon: 0351 / 207 40 99

**EMV Dresden Immobilien-Treuhandgesellschaft mbH**  
Niederschützplatz 7 · 01259 Dresden  
Telefon: 0351 / 207 40-0 · Telefax: 0351 / 207 40-81  
E-Mail: info@emvdresden.de  
Homepage: www.emvdresden.de

# Unterwegs in Sachen Pflegepolitik Patrick Schreiber Mdl

## Sommertour-Besuch beim Caritas-Verband des Bistums Dresden-Meißen



Zusammen mit meinen Kollegen vom Sozialarbeitskreis der CDU-Fraktion besuchte ich im Rahmen unserer Sommertour u.a. den Caritasverband des Bistums Dresden-Meißen bzw. dessen Altenpflegeheim St. Michael auf der Friedrichstraße in Dresden. Mit Diözesan-Caritasdirektor Matthias Mitzscherlich und seinen Mitarbeitern tauschten wir uns dabei auch zu einem meiner Fachbereiche aus. Ein interessantes

Projekt zur grenzübergreifenden Fachkräfteausbildung schiebt die Caritas derzeit gemeinsam mit der Staatlichen Hochschule im polnischen Oswiecim (Auschwitz) an. Dabei werden Studierende eines neu geschaffenen Altenpflege-Studiengangs im nächsten Sommer Praktika in deutschen Caritas-Einrichtungen, u.a. auch in Dresden, bestreiten. Mit der Schulgelderstattung für Altenpflegefachschüler setzt auch der Freistaat Sachsen erste Akzente bei der Fachkräftegewinnung in diesem Berufszweig. Gefördert werden mit Beginn des jetzigen Schuljahres alle Schulverträge für den Ausbildungsberuf der Altenpflegerin und des Altenpflegers. Auszubildende, deren Berufsfachschule in freier Trägerschaft eine Ausbildungsgebühr erhebt, können bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) einen Antrag auf Rückerstattung des von ihnen gezahlten Betrages stellen.

Die Attraktivität der Pflegeberufe ist aber auch deshalb noch nicht wirklich hoch, weil es noch immer zu viele Arbeitskräfte in ungewollter Teilzeit gibt, wie auch die Caritas bei unserem Treffen bestätigte. Aus meiner Sicht muss das System der "Spitzenzeitenbetreuung" langfristig aufgebrochen werden, um so mehr Vollzeit Arbeitsplätze in dieser Branche zu schaffen! Warum muss jemand, der sein ganzes Leben im Schichtdienst gearbeitet hat und es gewohnt ist, später am Tag aufzustehen, dann als Pflegebedürftiger um 5.30 Uhr geweckt werden? Auch aus Sicht der Leistungsempfänger scheint dieses Prinzip heute überholt und gehört somit auf den Prüfstand. Gemeinsam mit Verbänden wie der Caritas möchte ich diese Fragen weiterhin gezielt angehen und daraus Lösungen für die Zukunft entwickeln.

## Ambulanter Pflegedienst aus einer anderen Perspektive

Jedes Jahr lädt die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen zum so genannten „Perspektivwechsel“ ein, bei dem Politiker die Möglichkeit haben, für einen Tag aktiv in Einrichtungen der sozialen Arbeit mitzuwirken und das jeweilige Arbeitsfeld einmal aus nächster Nähe betrachten zu können. Schon frühzeitig – im Jahr 2010 – absolvierte ich einen meiner ersten Perspektivwechsel-Dienste in einem stationären Altenpflegeheim.

Seit Anfang dieses Jahres konnte ich mich nun nach und nach in meine neue Funktion als pflegepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion einarbeiten. Deshalb wollte ich den Perspektivwechsel dafür nutzen, um mir einen Einblick in den Arbeitsalltag eines ambulanten Pflegedienstes zu verschaffen. Ab 6 Uhr morgens nahmen mich Schwester Kathrin und Schwester Michaela mit auf ihre täglichen Fahrten durch Dresden. Von der Innenstadt

bis nach Dresden-Prohlis und zurück versorgten wir im Halbstunden-Takt unsere Patienten. Eine sehr herausfordernde Aufgabe: denn gerade das Zeitmanagement zwischen den verschiedenen Wohnorten und die Dokumentationsarbeit dazwischen gestaltet sich im Vergleich zu einer stationären Einrichtung äußerst unterschiedlich. Bei unserer Tour durfte ich dann auch ein Ehepaar kennenlernen – beide um die 90 Jahre – die mich in ihrer Lebensauffassung tief beeindruckten. In Zeiten, in denen die allgemeine Unzufriedenheit fast zu einer Modeerscheinung geworden ist und Menschen Bewegungen wie PEGIDA hinterherlaufen, verkörperten diese beiden Dankbarkeit für das, was sie bisher in ihrem Leben erfahren haben. Ein wenig Zeit noch zusammen in Dresden – das ist ihr einziger Wunsch. Schon allein deshalb hat sich der Perspektivwechsel für mich wieder einmal gelohnt! Trotz aller Bemühungen, die Politik unternehmen kann, um die Rahmenbedingungen

für das Arbeitsfeld Pflege weiter attraktiver zu machen, sind es aber in erster Linie die Menschen dahinter, wie eben Schwester Michaela und Schwester Kathrin, die mit viel Leidenschaft und Engagement vermitteln, dass sie ihren Job gern machen und die zu betreuenden Menschen für sie dabei immer im Vordergrund stehen. Und das ist doch letztendlich das Wichtigste. ■



## Landtag stellt die Weichen zu besseren Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Aline Fiedler MdL

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Nachwuchsforscher nicht nur am Anfang ihres Berufslebens, sondern mehrfach hintereinander Verträge mit kurzen Laufzeiten – teilweise sind es nur wenige Monate – an Hochschulen und Forschungseinrichtungen akzeptieren müssen. Der Ruf nach verlässlichen Karrierewegen für Wissenschaftler wird deshalb zunehmend lauter und dringender. Zu Recht, weil es bei dieser Thematik neben der Verbesserung der offensichtlich schwierigen und unbefriedigenden Lebenssituation der Wissenschaftler auch um die Attraktivität des Standortes Sachsen geht. Erstklassige Infrastruktur und modernste Ausstattung bilden nur zusammen mit guten Arbeitsbedingungen die Grundlage für eine erfolgreiche sächsische Wissenschaftslandschaft. Zu guten Arbeitsbedingungen gehören berufliche Perspektiven, längerfristige Beschäftigungsverhältnisse, planbare Karrieren und die Möglichkeit Familie und Beruf zu vereinbaren. Wenn Sachsen im internationalen Wettbewerb um den wissenschaftlichen Nachwuchs bestehen will, müssen junge Talente optimale Rahmenbedingungen vorfinden. Einfluss auf die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen haben im Wesentlichen drei Partner: die Hochschulen selbst, der Freistaat und der Bund.

Der Freistaat als Verantwortlicher für die Finanzierung der Hochschulen hat in einem

ersten Schritt mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 das Budget der Einrichtungen um rund sieben Prozent erhöht. Das war u. a. dadurch möglich, dass Aufwendungen für das BaföG seit Anfang des Jahres vollständig vom Bund übernommen werden. Zwei Drittel der dadurch frei gewordenen Gelder – rund 56 Millionen Euro – werden für die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bereitgestellt.

Der im Juni vom Landtag einstimmig beschlossene CDU/SPD-Antrag zur Förderung des Mittelbaus ist nun der zweite Schritt, der sicherstellen soll, dass zum einen das Wissenschaftsministerium die Hochschulen auf dem Weg zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs begleitet. Zum anderen wird dadurch festgeschrieben, dass den Hochschulen finanzielle Mittel aus dem Programm „Talente für Sachsen“ für Maßnahmen zur Umsetzung des Antrags zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig sollen mit dem Antrag aber auch die beiden anderen Partner in die Pflicht genommen werden: Der Bund regelt mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Bedingungen für Verträge im Bereich des universitären Mittelbaus. An ihn appellieren wir, durch die entsprechende

Anpassung der gesetzlichen Vorgaben, der überrordnenden Befristungspraxis ein Ende zu setzen.

Den Hochschulen als direkte Arbeitgeber der Wissenschaftler soll der Landtagsbeschluss den Anstoß für hochschuleigene Personalentwicklungskonzepte geben, in denen die notwendigen Daueraufgaben definiert werden. Für diese Daueraufgaben müssen im Regelfall auch Dauerstellen eingerichtet werden. Unsachgemäße Befristungen sollen in Zukunft vermieden werden und die Vertragslaufzeit von Arbeitsverträgen in der Regel an die entsprechende Qualifizierungsphase – beispielsweise an die Zeit der Promotion – gekoppelt sein.

Wir haben den Handlungsbedarf in diesem Bereich erkannt und wollen mehr Planungssicherheit für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen. Unsere sächsischen Hochschulen müssen als Arbeitgeber regional, national und international so attraktiv sein, dass sie weiterhin die besten Wissenschaftler für Sachsen gewinnen und halten können. Ziel unserer Hochschulpolitik ist es, dass die sächsischen Wissenschaftseinrichtungen kluge Köpfe mit ihrem Talent, ihrer Begeisterungsfähigkeit und ihrem Enthusiasmus für eine wissenschaftliche Arbeit in Sachsen begeistern und ihnen hier einen verlässlichen und attraktiven Karriereweg anbieten können. ■

## Bürgerfrühstück mit Staatsministerin Brunhild Kurth – 24. Prohliser Herbstfest beschreitet auch neue Wege

Christian Piwarz MdL



Am 19. September durfte ich erstmals das traditionsreiche Festwochenende als Schirmherr eröffnen. Das bunte Stadtteilstfest ist mir seit 2006 ein Herzensanliegen, das ich als Mitglied des Prohliser Heimatvereins vor und hinter den Kulissen begleite. Auch in diesem Jahr ist es den vielen ehrenamtlichen Helfern, Vereinen, Gewerbetreibenden und Sponsoren gelun-

gen, ein abwechslungsreiches Programm zu gestalten. Eine beachtliche Leistung, schließlich kommt das Prohliser Herbstfest als eines der wenigen Stadtteilstfeste dieser Art komplett ohne Förderung der Landeshauptstadt aus.

Bewährte und neue Formate garantierten auch in diesem Jahr ein breites Angebot.

So habe ich Elternvertreter und Schulleiter am Samstag früh zum Bürgerfrühstück mit Kultusministerin Brunhild Kurth eingeladen. Unter dem Motto „Sachsens Zukunft gestalten – gute Bildung für unsere Kinder“ gab die Staatsministerin ein kurzes Impulsreferat zur sächsischen Bildungspolitik und der hohen frühkindlichen und schulischen Qualität im Freistaat. Gewohnt offen und ehrlich benannte sie aber auch die Herausforderungen und Pro-

bleme, die durch den Generationenwechsel im Lehrerzimmer und die Integration minderjähriger Flüchtlinge auf den Freistaat zukommen. Während Frau Kurth die Gelegenheit nutzte, konkrete Ideen zur Modernisierung des sächsischen Bildungswesens mit den Praktikern zu beraten, „diktierten“ diese Anregungen und Probleme aus der eigenen Schule oder Kita ins Notizbuch der Ministerin. Von der Qualität in den Kitas, notwendigen Verände-

rungen in der Lehramtsausbildung und Absicherung der Lehrerkapazität durch Quereinsteiger, bis zu DAZ-Klassen und Inklusion, konnten viele wichtige Themenbereiche angerissen werden.

„Ein wirklicher Dialog zwischen Bürgern und Politik auf Augenhöhe“ – das Fazit der Gäste motiviert dieses Format vielseitig fortzuführen. ■



### Bürgersprechstunden der Landtagsabgeordneten:

Aline Fiedler MdL	16.11., 17.00 – 19.00 Uhr	Bürgersprechstunde mit einem Vortrag zum Thema „Arabischer Frühling – Ein Erfahrungsbericht der politischen Umbrüche in Ägypten“	0351 4667750 wahlkreis@aline-fiedler.de
Christian Hartmann MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935532 christian.hartmann@slt.sachsen.de
Martin Modschiedler MdL	28.10., 16.00 – 18.00 Uhr 25.11., 16.00 – 18.00 Uhr	Bürgersprechstunde gemeinsam mit Stadträtin Astrid Ihle, Bürgersprechstunde	0351 43837348 tw@martin-modschiedler.de
Christian Piwarz MdL	28.10., 16.00 – 18.00 Uhr 11.11., 16.00 – 18.00 Uhr	OA Loschwitz, gemeinsam mit Stadträtin Christa Müller OA Prohlis, gemeinsam mit Stadtrat Dietmar Haßler	0351 4935520 christian.piwarz@slt.sachsen.de
Lars Rohwer MdL	12.11., 16:00 – 18:00 Uhr	Bürgerbüro Lars Rohwer, Kesselsdorfer Str. 55 * *mit Stadträtin Annett Grundmann	0351 4935594 l@rs-rohwer.de
Markus Ulbig MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935530 markus.ulbig@slt.sachsen.de
Patrick Schreiber MdL	28.10., 15.00 – 17.00 Uhr 25.11., 16.00 – 18.00 Uhr	Wahlkreisbüro, Antonstraße 15	0351 81040-01 buero@schreiber-patrick.de

Um Anmeldung für die jeweiligen Sprechstunden wird telefonisch oder per Mail gebeten. Weitere Termine sind nach Absprache möglich.

## Lutherversessen und Gottvergessen?

Vortrag von Pfarrer Joachim Zirkler zum Reformationsjubiläum

Thomas Wesz



Die CDU Blasewitz / Striesen veranstaltete am 27. August einmal mehr einen Abend, der sich außerhalb der Tagespolitik mit den Grundlagen unserer Gesellschaft beschäftigte. Dazu konnte im SchillerGarten mit **Pfarrer Joachim Zirkler** ein hochkarätiger Referent begrüßt werden. Pfarrer Zirkler, in Dresden geboren und aufgewachsen, war von 2002 bis 2013 Gemeindepfarrer an der Dresdner Kreuzkirche, heute ist er **Studienleiter beim Zentrum des Lutherischen Weltbundes in Wittenberg** und dort u. a. verantwortlich für die Lutherdekade.

Unter dem Titel „Reformationsjubiläum 2017: Lutherversessen und Gottvergessen?“ berichtete er von der **Lutherdekade** und den geplanten Feierlichkeiten im übernächsten Jahr. Nächstes Jahr jährt sich die Reformation zum 500. Mal. Ausgehend von einem regelrechten Lutherkommerz, den Zirkler kritisiert, beleuchtete er verschiedene Schwerpunkte der Lutherdekade. Es

gibt verschiedenste Gremien von kirchlicher und staatlicher Seite, die u. a. die Ausstellungen in Torgau „Luther und die Fürsten“, in der Lutherstadt Wittenberg „95 Menschen – 95 Schätze“, in Eisenach „Luther und die Deutschen“ und in Berlin „Der Luthereffekt – 500 Jahre Reformation“ vorbereiten. Vom 25. bis 27. Mai 2017 wird es in 8 Städten insgesamt 6 Kirchentage geben: in Leipzig, Dessau, Halle/Eisleben, Jena/Weimar, Erfurt und Magdeburg. Ab 20. Mai 2017 wird zudem für 16 Wochen in Wittenberg die Weltausstellung „Tore der Freiheit“ zu sehen sein. Diese soll erlebbar machen, **was Reformation weltweit bewirkt hat**. Ein weiteres besonderes Ereignis 2017 wird sein, dass einmalig der 31. Oktober ein bundesweiter Feiertag sein wird. Auch der Luthergarten in Wittenberg wurde vorgestellt.

Pfarrer Zirkler betonte, dass Martin Luther mit seinen Thesen nicht nur die Kirchengeschichte, sondern auch die Geschichte Europas stark beeinflusste. Damals trieb Luther die Frage nach dem **gnädigen Gott** um. Unsere heutige Gesellschaft denkt aber scheinbar immer weniger an Gott. Der **christliche Glaube** scheint auf dem Rückzug.

Daraus folgend kam er zu dem Schluss, dass Luthers Thesen und Gedanken auch heute noch höchst aktuell sind, wir uns aber bezüglich der heutigen Herausforderungen

auch auf neue Thesen verständigen müssen, die letztendlich an jede Tür gehören. Die mehr als 60 Gäste diskutierten anschließend intensiv. Im Mittelpunkt stand dabei, dass die Suche nach Gott, der **gelebte Glaube** und die Vermittlung der **christlichen Werte** im Mittelpunkt der Lutherdekade stehen müssen. Wichtig dabei sei, nicht nur auf äußere Zeichen zu setzen, sondern auch auf die Wirkung der Botschaft Gottes auf die Menschen zu vertrauen. Mehrmals wurde auch die Bedeutung der Ökumene betont. Im säkularisierten Ostdeutschland ein absolutes Muss, wie sich alle einig waren. Modschiedler: „Der CDU Blasewitz / Striesen und auch mir persönlich sind solche Veranstaltungen sehr wichtig. Wir müssen über die christlichen **Grundlagen unserer Gesellschaft** sprechen und uns damit auseinandersetzen. Die CDU muss sich den Menschen außerhalb der Partei öffnen und ihnen Gesprächsangebote unterbreiten. Dies ist an diesem Abend gelungen.“



## Genialer Tag - Schüler arbeiten in Wahlkreisbüro für einen guten Zweck

Thomas Wesz

Im Rahmen des Genialsozial-Tages arbeiteten am 3. Juli 2015 drei Schüler aus dem Hans-Erlwein-Gymnasium im Wahlkreisbüro von Martin Modschiedler. Sie erhielten Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten des sächsischen Landtags. Nach einer informativen Runde zu den Themen Landtags-, Wahlkreis- und Öffentlichkeitsarbeit, führten die Schüler Interviews zum Thema 25 Jahre Deutsche Einheit mit Bürgern durch. Diese wurden anschließend zusammengetragen und ausgewertet. Später sollen diese als Grundlage für einen Artikel zu diesem

Jubiläum dienen. Genialsozial versteht sich als ein Projekt, welches junge Menschen ermutigt, lokale und globale Verantwortung zu übernehmen. Im Rahmen des Projekts vollziehen junge Menschen eine Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen und sozialen Problemen. Dabei engagieren sich jedes Jahr tausende Sachsen verschiedener Generationen. Der Arbeitslohn, den die jungen Leute erhalten, wird für einen guten Zweck gespendet.

Modschiedler: "Sehr gern unterstütze ich diese Initiative. Junge Leute zeigen, dass ih-



nen ihre Umwelt und die Gesellschaft nicht egal sind. Sie engagieren sich und das freut mich sehr."

[tw@martin-modschiedler.de](mailto:tw@martin-modschiedler.de) ■

## Informationen aus erster Hand - Andreas Lämmel zu Gast beim Stammtisch der CDU Blasewitz / Striesen

Thomas Wesz



Der Sommer-Stammtisch der CDU Blasewitz / Striesen im Juli stand ganz im Zeichen der Bundespolitik. Gast war unser Bundestagsabgeordneter Andreas Lämmel, der über die aktuelle Lage in Berlin und insbesondere zu den Themen TTIP und Griechenland sprach.

Bezüglich der erneut geplanten Hilfen für Griechenland erläuterte er seine ablehnende Haltung. Mehr dazu finden Sie hier. Andreas Lämmel ging in seinem Eingangsstatement zum TTIP besonders auf dessen Gegner ein. In den letzten Monaten gab es einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit, wobei immer die gleichen Argumente zu hören waren.

Häufig haben diese ihren Ursprung in mangelndem Wissen. „Wir sollten zunächst abwarten, bis die Verhandlungen abgeschlossen sind und dann über das vorliegende Verhandlungsergebnis diskutieren.“, so Lämmel. Zudem würde allzu oft sehr einseitig und tendenziös berichtet. So sei das berühmte Chlorhuhn allen Experten zufolge gesünder als ein -

wie in Europa üblich - mit Antibiotikum behandeltes Huhn. Zudem müsse man auch den strategischen Vorteil einer vereinfachten Handels- und Wirtschaftsbeziehung mit den USA berücksichtigen. In Anbetracht der rasant wachsenden chinesischen Volkswirtschaft, ist es unbedingt notwendig mit den Amerikanern zu kooperieren.

Die von Ortsbeirat Michael Heidrich moderierte Diskussion mit den 30 Gästen war teils intensiv und offenbarte das große Bedürfnis nach regelmäßigen und fundierten Informationen und dem Austausch zu aktuellen politischen Themen. Die Stammtische sind dafür eine geeignete Plattform. ■

## Europa ist lebendig - Rückblick des Arbeitskreises Europa PLUS der CDU Dresden

Martin Modschiedler MdL

Der Arbeitskreis Europa PLUS der CDU Dresden hat sich in den vergangenen zwei Jahren insgesamt 14-mal getroffen. Zu den Sitzungen konnten unter anderem Frau Kristina Schoger, damalige Abteilungsleiterin Europäische und Internationale Angelegenheiten der Landeshauptstadt Dresden, und Dr. Georg Böhme-Korn begrüßt werden.

Im Rahmen des Europawahlkampfes organisierte der AK drei Infostände, so am 17. Mai 2014 gemeinsam mit unserem Europaabgeordneten **Hermann Winkler**.

Zur Veranstaltung mit Herrmann Winkler und Bürgermeister Detlef Sittel kamen unter dem Titel „**Dresden braucht Europa! Wie viel Europa vertragen wir?**“ am 25. November 2013 mehr als 30 Gäste in den Palitzschhof.

Kurz davor im September 2013 besuchten die Mitglieder des Arbeitskreises das **Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa**. Der damalige mit Staatsminister Dr. Jürgen Martens, der Leiter der Stabsstelle Europa Dr. Ivo Thiemrodt und Dr. Torssten Brand, ehemals ständiger Vertreter des Dienststellenleiters im sächsischen Verbindungsbüro Brüssel begrüßten die interessierten Gäste.

Am 20. November 2014 diskutierten über 50 Gäste im SchillerGarten das Thema: „**Raus aus dem Euro!? Was bringt uns Sachsen die Gemeinschaftswährung?**“ mit Gabriel Glöckler, Abteilungsleiter in der Generaldirektion Sekretariat der der Europäischen Zentralbank (EZB) und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, **Dr. Fritz Jaeckel**.

„**Integration geht doch?! Unternehmer berichten**“ war der Titel der Veranstaltung am 20. März 2015 im Wahlkreisbüro mit Kristina Juneviciute, von der Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH, Armando Reyes Prado, Speiseeishersteller und Geschäftsführer der paupau GmbH und dem Görlitzer Landtagsabgeordneten Octavian Ursu. Die 30 Gäste diskutierten intensiv das hochaktuelle Thema.

Weiterhin beteiligte sich der AK Europa PLUS bei der Vorbereitung und Durchführung des 46. Kreisparteitag der CDU Dresden unter dem Titel „**Was treibt uns an? Was verbindet uns? Wofür stehen wir?**“ in der Gedenkstätte Bautzner Straße.

[martin.modschiedler@slt.sachsen.de](mailto:martin.modschiedler@slt.sachsen.de) ■

## Herzlich willkommen - Flüchtlinge besuchen den Sächsischen Landtag

Thomas Wesz

Gemeinsam mit Flüchtlingen u. a. aus Afghanistan und Syrien besuchten am 16. Juli ehrenamtlich Engagierte aus der Dresdner evangelischen Versöhnungskirchgemeinde auf Einladung von Martin Modschiedler den Sächsischen Landtag.

Gemeinsam mit dem CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann stellte sich Modschiedler den Fragen. Außerdem hat er der Gruppe die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz / Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration zur Förderung der sozialen Integra-

tion und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erläutert und wird bei der Beantragung helfen.

Mitglieder der Versöhnungskirchgemeinde unterstützen die Flüchtlinge beim Erlernen der deutschen Sprache und begleiten sie bei Behördengängen.

Modschiedler: "Die Herausforderung des starken Flüchtlingszustroms können wir nur alle gemeinsam meistern. Die ehrenamtlichen Helfer aus Striesen sind ein sehr gelungenes Beispiel dafür." ■



## Im Gespräch - Bürgersprechstunde zum Thema Asyl

Thomas Wesz

Zu Bürgersprechstunden am 29. Juli und 26. August kamen zahlreiche Bürger ins Wahlkreisbüro. Martin Modschiedler hatte gemeinsam mit den Stadträten Steffen Kaden und Peter Krüger zum Thema "Populismus oder Pragmatismus – Wie weiter in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?" eingeladen. Die Bürger formulierten ihre Ängste vor dem Flüchtlingsstrom und befürchteten weiter steigende Kosten. Gleichzeitig zeigten einige Teilnehmer Verständnis und Mitgefühl für die teils traumatisierten Flüchtlinge. Ihnen müsse man mit Toleranz und Menschlichkeit begegnen. Einig waren

sich die Teilnehmer, dass den Flüchtlingen die hiesigen Gepflogenheiten, Strukturen und vor allem die Deutsche Sprache beigebracht werden muss. Unsere Kultur müsse als Leitfaden für das Leben hier dienen.

Differenzen gab es in der Bewertung der Ursachen der Flüchtlingsströme. Auch die Bekämpfung der Ursachen wurde intensiv diskutiert.

Die Bürgersprechstunden wurden als gute Möglichkeit wahrgenommen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, auch wenn



für dieses große und schwierige Thema keine schnellen Lösungen gefunden werden können. ■

## Vor Ort – Infostände der CDU Blasewitz / Striesen

Thomas Wesz

Auch in den Sommermonaten hat die CDU Blasewitz / Striesen ihre regelmäßigen Infostände durchgeführt. Im Juli und August standen die Kinder bzw. Schulanfänger im Mittelpunkt der Aktionen. Unter anderem verteilte Stadtrat Peter Krüger aktuelle politische Materialien und für die Kinder einige Überraschungen.

Am Infostand im September kamen die Mitglieder des Ortsverbandes mit vielen Bürgern ins Gespräch, um deren Erwartungen und Wünsche an die CDU kennen zu lernen. Viele der Passanten zeigten sich sehr erfreut, dass die CDU auch außerhalb der Wahlkampfzeiten präsent und ansprechbar ist.



# MIT-Sommerfest im Straßenbahnmuseum Dresden

## Zwischen Straßenbahn und Haltestelle

Patrick Schreiber MdL,  
Kreisvorsitzender MIT-Kreisverband Dresden

Auch in diesem Jahr sind wir als MIT Dresden bei der Suche nach einer außergewöhnlichen Location für unser alljährliches Sommerfest fündig geworden. Auf dem Betriebshof Trachenberge bzw. neben der Zentrale der Dresdner Verkehrsbetriebe gibt es mit dem Straßenbahnmuseum Dresden das historische Depot des Verkehrsunternehmens zu sehen. Inmitten der detailgetreu aufgearbeiteten Fahrzeuge begrüßten uns mit den scheidenden DVB-Vorständen Reiner Zieschank und Hans-Jürgen Credé die beiden Hausherren höchspersönlich.

Die MIT Dresden nutzte die Gelegenheit auch gleich dafür, um sich bei Herrn Zieschank und Herrn Credé für die geleistete Arbeit mit einem kleinen Wein-Präsent zu bedanken und diese in einem gebührenden Rahmen zu verabschieden. Beide werden noch dieses Jahr aus dem Unternehmen ausscheiden und in den Ruhestand treten. MIT-Kreisvorsitzender Patrick Schreiber betonte: „Für mich ist die Dresdner Wirtschaft ganz eng mit den Gesichtern von Herrn Zieschank und Herrn Credé verbunden. Sie haben die Dresdner Verkehrsbetriebe zu dem erfolgreichen Unternehmen gemacht, das es jetzt ist. Die internationale Anerkennung der DVB haben wir Ihnen zu verdanken. Ich behaupte einmal, Dresden wird Sie beide als Unterneh-

mer und als Personen, die auch darüber hinaus immer etwas zu sagen hatten, vermissen. Ich jedenfalls tue es schon jetzt!“ Ein Gesprächsthema kam aber auch bei unserem sommerlichen Get-together nicht zu kurz: Die Asyldebatte und die aktuellen Ereignisse dazu in Sachsen brennen förmlich allen unter den Nägeln. So erinnern auch unsere Gastgeber daran, dass die Menschen in den Bussen und Straßenbahnen – getreu der gemeinsamen Kampagne der städtischen Unternehmen „Die Welt bereichert Dresden. Jeden Tag.“ – immer eines verbindet: Das Menschsein in Dresden.

Mit wie viel Herzblut die DVB-Chefs stets bei der Sache waren, bewiesen sie dann auch noch einmal bei einer kleinen Vorstellung des Museums. Und auch alle Gäste des



Sommerfestes erlebten bei den Führungen durch die Hallen die verschiedenen Zeitepochen bei den Verkehrsbetrieben noch einmal: Neben den Fahrzeugen haben die Hobby-Historiker des Straßenbahnmuseum Dresden e.V. mit großer Sorgfalt auch viele kleine Details zusammengetragen. Das Straßenbahnmuseum Dresden: ein absoluter Geheimtipp!



## Veranstaltung „Wirtschaftsschutz“ mit der MIT Dresden 28.10.2015 | 18.00 Uhr | Handwerkskammer Dresden | Am Lagerplatz 8, 01099 Dresden

Wirtschaftskriminalität belastet die deutsche Wirtschaft mit immensen Summen und vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden immer häufiger Zielobjekte krimineller Strukturen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU veranstaltet gemeinsam mit dem Sächsischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. und der Handwerkskammer Dresden eine Podiumsdiskussion, welche sich in erster Linie an Führungskräfte von kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Sachsen richtet.

Es werden die unterschiedlichen Facetten der Unternehmenssicherheit vorgestellt und mögliche Wege der Risikominimierung dargestellt, die dem Unternehmen helfen, sich besser vor Risiken und Angriffen zu schützen. Voraussetzung ist der Überblick über mögliche Bedrohungslagen und die entsprechende Sensibilisierung der Mitarbeiter.



## JU stellt die Weichen zur Wiederbelebung der Schüler Union in Dresden

Alexander Seedorff

Während der politische Betrieb in den Sommermonaten traditionell zwei Gänge zurückschaltet, nutzten wir die Zeit, um organisatorisch und strukturell einige wichtige Weichenstellungen vorzunehmen.

So hauchten wir unserer AG Wirtschaft neues Leben ein und beteiligten alle Dresdner JU'ler per Onlinebefragung an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der nächsten Monate. Die unbestritten wichtigste Entscheidung trafen wir allerdings am Ende des Sommers: Mit einstimmigem Votum für den von Denny Schneider und Christoph Böhm erarbeiteten Satzungsentwurf war der Weg frei für die Wiederbelebung der Schüler Union in Dresden.

Dank des stetigen Mitgliederzuwachses der letzten Jahre freuen wir uns mittlerweile wieder über eine ordentliche Anzahl von Schülern in unseren jungen Reihen. Dass diese nicht nur für einen quantitativen Zuwachs sondern auch für eine qualitative Stärkung gut sind, bewiesen die Schü-

ler bereits im Frühjahr, als sie sich zu einer Arbeitsgruppe zusammenschlossen. Bei ihren regelmäßigen Treffen berieten unsere jüngsten Mitglieder bereits erste inhaltliche Schwerpunkte und gemeinsame Zielstellungen. „Der Nachwuchs“ sorgt nunmehr für die so wichtige Wiederbelebung der Vertretung von Schülerinteressen in Partei und Öffentlichkeit.

Doch bei den derzeit rund 20 interessierten Schülern soll es längst nicht bleiben, im Gegenteil: Nach der Gründungsveranstaltung am 2. Oktober geht es erst richtig los! Alle Schüler ab 12 Jahren, die sich im christlich-sozialen, liberalen und konservativen Wertespektrum wiederfinden, sind in der Schüler Union Dresden (SUD) herzlich willkommen. Vielleicht gibt es in Ihrem Familien- und Bekanntenkreis Schüler, die Interesse an einer Mitgliedschaft in der Schüler Union haben könnten? Dann würden wir uns sehr freuen, wenn Sie für uns werben und uns den Namen und eine



Kontaktmöglichkeit (E-Mailadresse oder Telefonnummer) mit einer Nachricht an [schueler@ju-dresden.de](mailto:schueler@ju-dresden.de) zukommen lassen. Die Mitgliedschaft in der Schüler Union ist beitragsfrei und schließt eine automatische Mitgliedschaft in der Jungen Union oder der CDU nicht mit ein.

Die Zeit ist reif für eine starke Stimme der CDU-nahen Schülerschaft in Dresden. Mitstreiter kann es dabei nicht genug geben. Denn an Ideen und Vorhaben wird es nicht mangeln – erst Recht, wenn der politische Betrieb in der kühleren Jahreszeit wieder Fahrt aufnimmt. ■

## Wir gratulieren zum Geburtstag im September, Oktober und November

### zum 91.

Schmidt, Gudrun 27.09.  
Gottfried, Maria 11.10.  
Schneider, Gertraude 24.10.

### zum 89.

Brockob-Dettelmann, Christa 19.10.  
Hennig, Christa 03.11.

### zum 87.

Kern, Rosemarie 16.11.  
Mildner, Christian 06.10.

### zum 86.

Lehmann, Dietrich 27.10.  
Linke, Wolfgang 20.11.

### zum 85.

Münzberg, Johannes 11.10.

### zum 84.

Hobian, Johannes 05.11.  
Fiolka, Wolfgang 12.11.  
Mütze, Wolfgang 02.10.

### zum 83.

Wawrzik, Marianne 28.10.

### zum 82.

Söhnel, Erhard 03.09.  
Krauss-Wenzkat, Ingrid 24.11.

### zum 80.

Prof. Dr. Seebacher, Claus 10.10.

### zum 75.

Hammer, Harald 16.09.  
Schröder, Jürgen Herbert 15.09.  
Franz, Renate 23.09.  
Lauterbach, Wolfgang 30.10.  
Reinhardt, Wolf-Dieter 23.11.  
Arndt, Gerhard 31.10.  
Rietzsch, Gunter 19.11.

### zum 70.

Hunger, Gisela 02.09.  
Epperlein, Annelies 16.09.  
Seifert, Edmund 14.09.  
Döring, Rosemarie 19.09.  
Schubert, Marion 01.11.  
Krug, Ursula 16.11.

### zum 65.

Dr. Schwarze, Hartmut 12.10.  
Hirschfeld, Detlev 22.11.  
Mühlberg, Gert 15.10.  
Krause, Thomas 05.11.

### zum 60.

Hüttel, Heido 09.09.  
Blenk, Gerhard 17.09.  
Sagurna, Michael 27.09.  
Hänel, Peter 27.09.  
Schastok, Hans-Georg 24.10.  
Dr. med. Hummel, Siegfried 09.11.  
Klotzsche, Carola 25.11.

### zum 55.

Rövekamp, Klaus 06.09.  
Krüger, Peter 13.09.  
Schietzelt, Henriette 17.10.

### zum 50.

Nikolov, Petra 27.09.  
Redlin, Jürgen 26.10.  
Dr. Tobisch, Steffen 20.10.

# Quo vadis CDU-Dresden?

Josef Hesse



Wohin gehst du CDU-Dresden?

Diese Frage muss sich jedes CDU-Mitglied in Dresden fragen, wenn es die derzeitige Lage der Partei auf der Stadtebene betrachtet.

Da haben wir gerade noch zu verdauen, dass die CDU-Dresden seit der Wende erstmals nicht mehr den OB stellt.

Im vorigen Jahr hat unsere Partei bei der Kommunalwahl das schlechteste Ergebnis auf Stadtebene hinnehmen müssen, seit es diese freien Wahlen gibt. Zwar stellt die CDU im Stadtrat weiterhin mit Abstand die größte Fraktion. Dennoch ist die CDU-Fraktion nicht mehr in der Lage, die Geschichte der Stadt maßgeblich mit zu gestalten. Denn dies macht das nach der letzten Wahl entstandene linke Mehrheitsbündnis.

Wenn man sich die CDU-Ergebnisse bei den Kommunalwahlen seit 1990 betrachtet, kann wahrlich niemand der Auffassung sein, der Verlust der Gestaltungsmehrheit im Stadtrat und des OB-Amtes seien punktuelle und zufällige Ereignisse. Wenn es so wäre, könnte man hoffen, dass für die CDU-Dresden bald wieder bessere Zeiten anbrechen. Die Realität sieht jedoch leider anders aus.

Mit Ausnahme eines einmaligen extremen Zwischenhochs im Jahr 1999 mit 42,8 % sind die Ergebnisse der CDU bei der Kommunalwahl von 39,3 % im Jahr 1990 auf nunmehr 27,6 % 2014 gefallen. Das ist der absolute Tiefpunkt seit Beginn der freien Wahlen vor 25 Jahren.

Da kann jemand einwenden, die einzelnen Ergebnisse seien für sich genommen doch nicht dramatisch. Es ist aber der eindeutig negative Trend, der so besorgniserregend ist.

Die Partei steckt somit in einem tiefen Tal. Perspektiven, daraus zu kommen, sind derzeit leider nicht erkennbar.

Äußerungen von maßgeblichen Personen innerhalb der Partei deuten in die falsche Richtung. Wenn Jan Donhauser etwa in einem Interview mit den DNN erklärt hat, er könne nicht sagen, was der Wähler mit uns verbindet, vielmehr sollten wir dies erfragen. Dazu hat er angeregt, bei Kommunal- und Oberbürgermeister-Wahlen eine Befragung nach dem Besuch des Wahllokals über die Gründe der Wahlentscheidung zu machen.

Aber genau das ist der falsche Weg. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht darin, dem potentiellen Wähler hinterher zu laufen und dessen Wünsche und Erwartungen zu erfragen, sondern es ist die Aufgabe des (auch Kommunal-) Politikers, nach tiefem Nachdenken und Diskussionen eigene Ziele zu formulieren und dann dafür zu werben, dass diese für richtig erkannten Einschätzungen auf möglichst breite Zustimmung in der Wählerschaft treffen.

Deshalb erteile ich auch der Erwägung des Kreis Ausschusses, ein unabhängiges Institut mit einer Meinungsbefragung unter den Dresdnern durchzuführen, mit deren Hilfe ein genaueres Bild zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an unsere Politik gezeichnet werden soll (s. Chr. Hartmann, Die Dresdner Union, Juli/August 2015, S. 3), aus den vorgenannten Gründen eine klare Absage. Die dafür erforderlichen Gelder können sinnvoller eingesetzt werden.

Auch die jüngst getroffenen Entscheidungen im Zusammenhang mit der OB-Wahl und im Nachgang dazu waren grundlegend falsch.

Nachdem die Partei die Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft in der Vergangenheit einhellig ab-

gelehnt hat, findet sie plötzlich die Idee des CDU-OB-Kandidaten total toll, eine solche Gesellschaft zu gründen.

Nachdem der CDU-OB-Kandidat dann recht kläglich gescheitert ist, ruft die Partei dann plötzlich zur Unterstützung des OB-Kandidaten Hilbert auf, der die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft aber seit eh und je strikt ablehnt.

Nach der Wahl des OB-Hilbert stimmt die Fraktion die Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit der neuen linken Mehrheit im Stadtrat ab, um dann aber dem Grundsatzbeschluss über die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in der Stadtratssitzung vom 06.08.2015 doch die Zustimmung zu verweigern mit der Begründung, in der Fraktion und innerhalb der Partei gebe es noch erhebliche Vorbehalte gegen die Gründung einer solchen Wohnungsbaugesellschaft.

Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde: Überzeugende Politik sieht anders aus!

Um wieder erfolgreich werden zu können, muss sich unsere Partei inhaltlich und personell grundlegend neu aufstellen. Dabei nehme ich den derzeitigen Vorsitzenden der Kreispartei ausdrücklich aus. Aber er benötigt ein personelles Umfeld, welches grundlegende Veränderungen inhaltlicher Art zulässt.

Der Weg der Erneuerung wird, falls nicht unerwartete Ereignisse eintreten, länger sein als bis zur nächsten Kommunalwahl. Aber er muss jetzt begonnen werden. Die bevorstehenden Wahlen des Kreis-Vorstandes bieten dazu Gelegenheit.

Beschönigungen und Verharmlosungen der derzeitigen Situation helfen nicht weiter. Vielmehr ist eine schonungslose Bestandsaufnahme angesagt. Und das sofort! ■



# Grenzen in Zeiten der Entgrenzung

## Konrad-Adenauer-Stiftung startet neue Vortragsreihe

Die Geschichte Europas ist auch eine Geschichte von Grenzverschiebungen, von Kriegen um Vorherrschaft und Territorien. Doch scheint der fest umgrenzte Territorialstaat ein inzwischen überholtes Modell zu sein. Im Zeitalter der Digitalisierung verbreiten sich Informationen und Ideen in rasantem Tempo - nahezu ungehindert. Die Internationalisierung der Politik, die Globalisierung der Handels- und Finanzströme oder politische Systemumbrüche stellen unser grundlegendes Verständnis von Grenzen in Frage. Die aktuelle Flüchtlingskrise führt uns die weitreichende Bedeutung dieses Themas vor Augen.

**Russlands Grenzziehungen: Abgrenzung, Ausgrenzung und Grenzkorrekturen**  
**Dienstag | 20. Oktober 2015 | 19 Uhr**  
Prof. em. Dr. Hannes Adomeit,  
College of Europe, Warschau

**Globalisierung und Kosmonautik**  
**Unsere Erde im Rückblick – technisch, kulturell und politisch**  
**Dienstag | 27. Oktober 2015 | 19 Uhr**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Lübke,  
Eidgenössische Technische Universität  
Zürich

### **Bedeutungswandel von Grenzen**

Die schwindende Bedeutung territorialer Grenzen berührt die Verfasstheit der Staaten selbst. Zum einen lassen sie sich nicht mehr in gleicher Weise sichern, wie dies bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts selbstverständlich war. Zum anderen hat das Gefühl der „Entgrenzung“ Auswirkungen auf die sozialen und kulturellen Aspekte unseres Zusammenlebens. Da sich Identität in der Erfahrung des Anderen ausbildet, konstituiert sich auch die Identität von Nationen aus der Wahrnehmung eines Gegenübers. Es verändern sich also nicht nur die geografischen und politischen Verhältnisse, sondern auch Einstellungen, Vorstellungen und Weltbilder. Wie gehen wir damit um?

### **Was ist ein Volk?**

**Dienstag | 3. November 2015 | 19 Uhr**  
Prof. Dr. Werner J. Patzelt,  
Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden

### **Staatsgrenzen und die militärische Schutzfunktion**

**Dienstag | 10. November 2015 | 19 Uhr**  
Prof. Dr. Herfried Münkler,  
Institut für Sozialwissenschaften, HU Berlin

### **Grenzen der Demokratie**

**Dienstag | 17. November 2015 | 19 Uhr**  
Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt,  
Universität der Bundeswehr München

### **Ein vielschichtiger Begriff**

Welche Rolle spielen Grenzen für die heutige Gestalt Europas und gewinnen sie angesichts der aktuellen Konflikte mit Russland wieder an Bedeutung? Wo liegen die Grenzen von Staatlichkeit und wie gehen Gesellschaften mit der Zuwanderung aus anderen Kulturen um? Gibt es grenzenloses Wachstum? Wo endet der medizinische und technische Fortschritt? Im Rahmen der Veranstaltungsserie wollen wir die vielfältigen Dimensionen des Begriffes „Grenzen“ gemeinsam mit namhaften Referenten erschließen. Zu den Vorträgen mit anschließender Diskussion laden wir Sie recht herzlich ein.

### **Grenzziehung in der Erziehung**

**Dienstag | 24. November 2015 | 19 Uhr**  
Prof. Dr. Volker Bank, Professur für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, TU Chemnitz

### **Unbegrenzte Kommunikation?**

**Dienstag | 1. Dezember 2015 | 19 Uhr**  
Peter Schaar,  
ehemaliger Bundesbeauftragter für den  
Datenschutz und die Informationsfreiheit

### **Grenzen der Geschlechter**

**Dienstag | 8. Dezember 2015 | 19 Uhr**  
Prof. em. Dr. Hertha Richter-Appelt, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf ■

Die Reihe wird im Frühjahr 2016 fortgesetzt. Die Veranstaltungen finden jeweils im Festsaal des Dresdner Stadtmuseums statt.

# Die Wiedervereinigung und die Macht der Erinnerung

Gespräch mit Hans Joachim Meyer und Hans-Joachim Maaz am 12. Oktober im Stadtmuseum Dresden

Copyright Christoph Herbolt-von Loeper



Hans Joachim Meyer



Hans-Joachim Maaz

Aber für viele Menschen verlief der Prozess, der der Friedlichen Revolution folgte, nicht ohne Verwerfungen, veränderte er doch alle Lebensbereiche. Wird die Erinnerung an die SED-Diktatur durch rasante, quasi gewaltsame Veränderungsprozesse nach 1990 überdeckt? Wie können wir unsere unterschiedlichen Erfahrungen nutzen, um heute die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Stärkung unserer Demokratie zu verbessern?

Gemeinsam mit dem Psychiater und Psychoanalytiker Dr. med. Hans-Joachim Maaz

und dem Wissenschaftspolitiker und ehemaligen Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Staatsminister a.D. Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, wollen wir über diese und andere Fragen ins Gespräch kommen.

Dazu laden wir Sie am 12. Oktober recht herzlich in das Stadtmuseum Dresden ein. Beginn ist 19 Uhr. ■

Die Friedliche Revolution und mit ihr die Wiedervereinigung gelten als positive Wegmarken der neueren deutschen Geschichte.

## Russia's Global Media Strategy

US-Amerikanische Journalistin zu Gast in Dresden

Am 29. Oktober 2015, 18.30 Uhr spricht die amerikanische Journalistin Ann Cooper im Forum am Altmarkt, Dr.-Külz-Ring 17, 01067 Dresden. Ann Cooper verfügt über jahrzehntelange journalistische Erfahrung und

lehrt an der Columbia Journalism School in New York. In einem Vortrag wird sie das russische Mediensystem beleuchten und dabei auch auf aktuelle Berichterstattung eingehen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, das In-

stitut für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden sowie sein Förderverein laden Sie dazu herzlich ein. **Vortrag und Diskussion finden auf Englisch statt.** ■

## Handwerk heute - Nachwuchs und Verantwortung

Einladung zu Gesprächen und Werkstattführungen

Im Herbst setzen die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Handwerkskammer Dresden die Themenreihe „Handwerk heute“ fort. Wie geht das regionale Handwerk z.B. mit dem Fachkräftemangel um? Wie können junge Menschen dafür begeistert werden, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen?

Bei Gesprächen und Führungen in sächsischen Unternehmen wollen wir diese und andere Fragen gemeinsam diskutieren. Dazu laden wir Sie recht herzlich ein.

### Handwerk statt Studium?

**Samstag | 24. Oktober 2015 | 13 Uhr**

Tischleratelier Sinnesmagnet  
Am Eiswurmlager 21, 01189 Dresden

Till Epple, Inhaber Tischleratelier Sinnesmagnet, Thomas Götze, Handwerkskammer Dresden

Anschließend Führung durch das Tischleratelier ■



Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung ([kas-sachsen@kas.de](mailto:kas-sachsen@kas.de) oder 0351-563446-0) möglich.

Homepage: [www.kas.de/sachsen](http://www.kas.de/sachsen) | Besuchen Sie das Bildungsforum bei FACEBOOK: [facebook.com/kasbfsachsen](https://facebook.com/kasbfsachsen)

## Termine Ortsverbände

08.10.	18.00 Uhr	OV Leuben / Laubegast	Veranstaltung mit Andreas Lämmel MdB: "Elbe - Ökoprodukt oder Wirtschaftsfaktor"	Schiffswerft Laubegast
10.10.	9.30 Uhr	OV Neustadt	Herbstwanderung durch den Rabenauer Grund	Treff am Hauptbahnhof - Bushaltestelle unter den Brücken
10.10.	10 - 12 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Infostand	Schillerplatz
12.10.	18.00 Uhr	OV Dresdner Süden	Dr. Carsten Hoffmann gibt uns einen Überblick über die Entwicklungen in der Bienertmühle und eine Führung durch den Ausbaubereich.	Bienertmühle, Bienerts Laden
21.10.	19.30 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Stammtisch	SchillerGarten
27.10.	18 - 19 Uhr	OV Pieschen	Bürgersprechstunde - Ortsverband	Wahlkreisbüro Ulbig
28.10.	18.00 Uhr	OV Pieschen	Politischer Abend mit Arnold Vaatz MdB	Trobischhof
28.10.	19.00 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Ortsverbandsvorstandssitzung	Wahlkreisbüro Modschiedler
30.10.	18.30 Uhr	OV Neustadt	mitgliederoffene Vorstandssitzung	Gaststätte "Am Thor"
02.11.	17.30 Uhr	OV Neustadt	Ortsbeirat Neustadt	Ortsamt Neustadt
02.11.	18.00 Uhr	OV Dresdner Süden	Wir bekommen in der Zentrale das <b>Verkehrsmanagement-System VAMOS</b> vorgestellt, das in der Landeshauptstadt den Verkehrsfluss steuert.	TU Dresden, Gerhart-Potthoff-Bau, Hettnerstraße 3, Erdgeschoss Raum 61
03.11.	18.30 Uhr	OV Dresdner Westen	Veranstaltung zum Thema Zuwanderung mit Innenminister Marcus Ulbig	Einladung erfolgt zeitnah
14.11.	10 - 12 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Infostand	Schillerplatz
18.11.	19.30 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Stammtisch zum Buß- und Betttag mit Pfarrer Harald Bretschneider	SchillerGarten
25.11.	19.00 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Ortsverbandsvorstandssitzung	Wahlkreisbüro Modschiedler

## Weitere Termine

07.10.	19.00 Uhr	<b>Junge Union:</b> mitgliederoffene Kreisvorstandssitzung	CDU-Landesgeschäftsstelle, Fetscherstr. 35
07.10.	19.00 Uhr	<b>MIT:</b> Stammtisch	Wenzel Prager Bierstuben
16.-18.10.		<b>Junge Union:</b> Deutschlandtag der Jungen Union	Hamburg
28.10.	18.00 Uhr	<b>MIT:</b> „Big Brother is watching you – Wie sicher ist mein Unternehmen?“	Handwerkskammer Dresden, Am Lagerplatz 8, 01099 Dresden
04.11.	19.00 Uhr	<b>Junge Union:</b> mitgliederoffene Kreisvorstandssitzung	CDU-Landesgeschäftsstelle, Fetscherstr. 35
04.11.	19.00 Uhr	<b>MIT:</b> Stammtisch	Wenzel Prager Bierstuben
12.11.	18.00 Uhr	<b>MIT:</b> Wirtschaftsforum „Zukunftstechnologien – entwickelt in Sachsen – Neue Hybridwerkstoffe und Produkte“	TU Dresden, Zeunerbau

## Termine Kreisvorstand

26.10.	19.00 Uhr	Kreisvorstand, Gaststätte Barococo
06.11.	17.00 Uhr	Dreikönigskirche: 48. Kreisparteitag mit Vorstandswahlen
14.11.	18.00 Uhr	CDU-Landesparteitag in Neukieritzsch
23.11.	19.00 Uhr	Kreisvorstand
07.12.	18.00 Uhr	Kreisausschuß

### Öffnungszeiten der CDU-Kreisgeschäftsstelle während der Sommerferien

Mo, Do	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 16 Uhr
Di	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 17 Uhr
Mi	09 Uhr - 12 Uhr
Fr	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 15 Uhr

Individuelle Termine sind nach tel. Absprache möglich.



Ausstellung: 25 Jahre Deutsche Einheit  
28. September bis 31. Dezember 2015

**Jeep**  
DAS ORIGINAL

# UNSERE VIER FREIHEITSERKLÄRUNGEN.



## Jetzt Probe fahren!

Jeep® Grand Cherokee, Jeep® Renegade, Jeep® Cherokee und Jeep® Wrangler.

Freiheit kann viele Formen annehmen. Auf und auch abseits der Straße erfahren Sie dies nirgends besser, als in einem Jeep®. Sei es nun der luxuriöse Jeep® Grand Cherokee, der neue Jeep® Renegade, der innovative Jeep® Cherokee oder der legendäre Jeep® Wrangler. Erleben Sie das Original jetzt bei einer Probefahrt.

**Kraftstoffverbrauch (l/100 km) nach Richtlinie 80/1268/EWG: kombiniert 14,0-4,6. CO<sub>2</sub>-Emission (g/km): kombiniert 327-120.**

Jeep® ist eine eingetragene Marke der FCA US LLC.

Jeep® mit



**Jeep**



**GLÖCKNER**  
Wir lieben Automobile.de

Dohnaer Straße 103  
01219 Dresden  
Telefon (0351) 40 42 80  
Fax (0351) 40 42 830

Grenzstraße 7  
01109 Dresden  
Telefon (0351) 88 57 30  
Fax (0351) 88 57 330

[www.gloeckner-automobile.de](http://www.gloeckner-automobile.de)  
[info@gloeckner-automobile.de](mailto:info@gloeckner-automobile.de)

Nr.: F11476

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband Dresden  
An der Kreuzkirche 6  
01067 Dresden

**PVST. Entgelt bez.**  
Deutsche Post AG



## Zur Verabschiedung der Beigeordneten

24. August 2015, Kulturrathaus  
(Grußwort „Stadtrat der ersten Stunde“)

➤ Stadtrat Dr. Helfried Reuther, umweltpolitischer Sprecher  
E-Mail: reuther@dresden-cdu.de

Dresden ist schön. Die Menschen sind freundlich, das Baugeschehen, insbesondere der Wohnungsbau, floriert, die Wirtschaft wächst. Es ist schwierig, aus der Vielzahl von Kulturangeboten auszuwählen. Der ÖPNV ist pünktlich und bestens organisiert, der Straßenverkehr läuft weitgehend staufrei, und Parkplatzprobleme in der Innenstadt gibt es nur zu Striezelmarktzeiten. Die Dresdner sind überwiegend zufrieden mit ihrer Stadt.

Meine Damen und Herren, das ist mein persönlicher Eindruck, das ist der Eindruck, den ich aus Gesprächen mit den Einwohnern und Gästen der Stadt bekomme. Man darf nur nicht in die Dresdner Tageszeitungen schauen. Dort werden ganz andere Bilder gezeichnet, selektive Wahrnehmung nennt man das. Die will ich aber heute nicht betrachten, das ist heute nicht mein Thema, obwohl ich da aus über 25 Jahren Stadtratstätigkeit einiges zu berichten wüsste.

Ich möchte über das erst genannte Bild sprechen. Sicherlich ist auch das ein subjektiver Eindruck, meine Wahrnehmung. Aber, dass es diesen gibt, daran haben die vier Bürgermeister, die wir heute aus dem Amt verabschieden, mit unterschiedlichen Beiträgen und unterschiedlichen Erfolgen ihren Anteil. Sie alle haben mit großem Engagement und Leidenschaft ihre Arbeit gemacht

und ihre Aufgaben erfüllt. Dafür gilt heute unser herzlichster Dank.

Es wurden Meilensteine gesetzt, die weit über Ihre Amtszeit hinausgehen, und ich möchte nur einige nennen. Das mache ich am besten in alphabetischer Reihenfolge, um hier keine Wertung vorzunehmen:

Herr Bürgermeister Lehmann, mit Ihnen verbunden ist das größte Schulbauprogramm, das Dresden je hatte und uns noch Jahre beschäftigen wird. Sie haben daran mitgewirkt, dass die Schwimmhalle Freiburger Straße neu gebaut wird, dass in Bühlau eine neue Schwimmhalle entsteht. Ihnen ist es mit zu verdanken, dass es keinen Bruch in

der Personalentwicklung der Stadtverwaltung mit Entlassungen gegeben hat.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau, Sie haben mit dafür gesorgt, dass es keine Einschnitte in Dresdens Kultur gegeben hat und gibt. Während andere Städte in Deutschland über die Schließung von Theatern oder Konzerthäusern nicht nur nachdenken, sondern das auch tun, bekommt Dresden einen neuen Konzertsaal für das Spitzenorchester Dresdner Philharmonie, wird im Kraftwerk Mitte die neue Heimstätte für Staatsoperette und Theater Junge Generation errichtet.

Herr Bürgermeister Marx, in Ihre Amtszeit fiel der Bau der Waldschlößchenbrücke



Die nun ausgeschiedenen Bürgermeister Seidel, Dr. Lunau, Lehmann und Marx (v.l.n.r.) bei ihrer Vereidigung durch unsere ehemalige Oberbürgermeisterin Orosz im Jahr 2008

Foto: Landeshauptstadt Dresden

cke. Zwar war zu Ihrem Amtsbeginn der Pulverdampf der Auseinandersetzungen mit Unesco und anderen weitgehend verrauch, heute gibt es nur noch Nach-Geplänkel einiger ewig Gestriger, so haben Sie doch mitgewirkt, dass der Bau, außer den durch die Verzögerungen verursachten Mehrkosten, im geplanten Rahmen blieb. Mit Ihnen verbunden ist auch die Verabschiedung des Verkehrsentwicklungsplans, der das Verkehrskonzept aus den 90er Jahren abgelöst hat und die neueste Entwicklung der Stadt berücksichtigt.

Herr Bürgermeister Seidel, Sie waren verantwortlich für den Geschäftsbereich mit dem größten finanziellen Budget, wobei die meisten Aufgaben und damit Ausgaben allerdings als Pflichtaufgaben vorgegeben waren. Sie haben dafür gesorgt, dass in Dresden der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ohne Wenn und Aber erfüllt werden kann. Ihnen zu verdanken ist, dass Dres-

den ein gerichtsfestes schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger hat, und Sie haben sich in den letzten Wochen und Monaten um die Unterbringung von Asylbewerbern gekümmert.

Die Aufzählung kann nicht vollständig sein und beleuchtet nur einige Mosaiksteine der Arbeit, die jeweils in Zusammenarbeit mit den anderen Bürgermeistern und natürlich unter der Leitung unserer Oberbürgermeisterin Helma Orosz stattfand. Und der Stadtrat war mit seinen Beschlüssen daran ebenso beteiligt.

Als Stadtrat möchte ich auf die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem Rat eingehen. Ich bin sicherlich einer derjenigen, die Sie weniger genervt haben als manch andere. Dass der größte Störenfried der Verwaltung der Stadtrat sei und noch vor dem Bürger käme, kann ich nicht bestätigen. Ich denke, das ist nur eine gern gepflegte Le-

gende. Ich habe immer ein offenes Ohr gefunden, wenn es Probleme zu klären gab. Sie waren immer ansprechbar und konstruktiv. Sie haben sich immer in den Dienst der Sache gestellt, dabei teilweise auch nicht in Übereinstimmung mit denjenigen, die Sie ins Amt gebracht haben, Respekt und Anerkennung.

Meine Herren, Sie haben Maßstäbe gesetzt, an denen Ihre Nachfolger zu messen sind. Wir hoffen, dass es keine Brüche gibt. Sicher bin ich mir da allerdings nicht, aber trotzdem optimistisch. Sie haben Dresden weiter gebracht, besser gemacht.

Wir haben in Dresden noch nicht das Paradies erreicht, wir sind ihm, dank Ihrer Tätigkeit etwas näher gekommen, und, um mit Manfred Rommel zu sprechen: Es muss auch für den Himmel noch etwas übrigbleiben.

Herzlichen Dank und alles Gute für Sie!



## Einblicke in die Technischen Werke Dresden

### Vom Versorger unserer Stadt zum Last- und Goldesel?

Stadtrat Dr. Georg Böhme-Korn, stellv. Fraktionsvorsitzender  
E-Mail: boehmekorn@dresden-cdu.de

Ein Antrag der Linken, B90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion im Stadtrat: Eine neue Wohnungsbaugesellschaft soll gegründet werden. Hierbei soll auf „Expertisen und finanzielle Unterstützungsleistungen bereits heutiger kommunaler Gesellschaften zurückgegriffen werden“. Also im Klartext: Geld der Technischen Werke Dresden GmbH (TWD) für kommunale Wohnungen? Klingt erst mal vernünftig. Doch: Wie sieht das bei genauerer Betrachtung aus? Dazu ein paar Gedanken, auch als Aufsichtsrat der TWD.

Zunächst: Was kann die TWD noch leisten? Zur Erinnerung: Die TWD ist die Holding der Stadt Dresden für kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. Gegründet bereits 1990, ist sie zusehends

gewachsen und umfasst nunmehr direkte Beteiligungen an acht Gesellschaften und indirekte an etwa 40 weiteren Gesellschaften.

Die wichtigsten Beteiligungen sind die an der DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH, der ENSO Energie Sachsen Ost AG, der Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB) und der Dresdner Bäder GmbH; Bilanzsumme: etwa 1,4 Mrd. Euro und wirtschaftlich sehr leistungsfähig. Deshalb - Sie wissen es bereits - hängen die DVB und die Bäder GmbH am Tropf der TWD, im Jahre 2014 in der Größenordnung von 39 Mio bzw. 13 Mio Euro. Nebenbei: Deshalb waren sowohl die Eingliederung der Verkehrsbetriebe in die TWD als auch die Gründung der Bäder GmbH unter dem Dach der TWD nicht unumstritten -

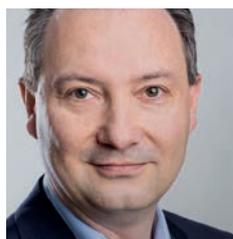
der Aufsichtsrat der TWD lehnte beides zunächst als Risiko für das Unternehmen ab. Die CDU jedoch hatte eine klare Haltung: Kommunale Unternehmen sind nicht Selbstzweck, sondern sie müssen den öffentlichen Aufgaben der Gemeinde umfassend dienen.

Das Jahresergebnis der TWD 2014: 77,1 Mio Euro - nach Verlustübernahme von den DVB und der Bäder GmbH, aber vor der Schuldentilgung. Dabei sind Vorwürfe unbegründet, sie schröpfung ihre Kunden - Strom, Gas, Wärme, alles steht im Markt, und der Wettbewerbsdruck ist hoch. Nur marktgerechte Preise halten Kunden - jeder kann heutzutage sehr schnell wechseln. Wen Näheres interessiert, dem sei der letzte Geschäftsbericht empfohlen: <http://>



# Die CDU-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden

...hat turnusgemäß ihre Vorstandswahl abgehalten. Der Vorsitzende Jan Donhauser wurde dabei zusammen mit allen bisherigen Vorstandsmitgliedern wiedergewählt. Jan Donhauser: "Ein Beleg der Kontinuität und des guten Zusammenhalts unserer Fraktion."



**Jan Donhauser**

Fraktionsvorsitzender

donhauser@dresden-cdu.de



**Dr. Georg Böhme-Korn**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

boehmekorn@dresden-cdu.de



**Gottfried Ecke**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

ecke@dresden-cdu.de



**Heike Ahnert**

Bildungspolitische Sprecherin

ahnert@dresden-cdu.de



**Veit Böhm**

veit.boehm@dresden-cdu.de



**Dr. Hans-Joachim Brauns**

Verwaltungspolitischer Sprecher

brauns@dresden-cdu.de



**Ingo Flemming**

Wohnpolitischer Sprecher

flemming@dresden-cdu.de



**Annett Grundmann**

grundmann@dresden-cdu.de



**Dietmar Haßler**

Sprecher für das Kleingartenwesen

hassler@dresden-cdu.de



**Astrid Ihle**

Familienpolitische Sprecherin

ihle@dresden-cdu.de



**Steffen Kaden**

Wirtschaftspolitischer Sprecher

kaden@dresden-cdu.de



**Lothar Klein**

Sicherheitspolitischer Sprecher

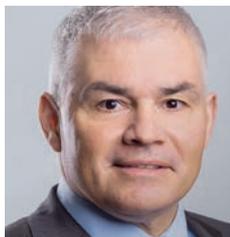
klein@dresden-cdu.de



**Thomas Krause**

Finanzpolitischer Sprecher

krause@dresden-cdu.de



**Peter Krüger**

Gesundheitspolitische Sprecherin

krueger@dresden-cdu.de



**Angela Malberg**

Kulturpolitische Sprecherin

malberg@dresden-cdu.de



**Christa Müller**

Seniorenpolitische Sprecher

mueller@dresden-cdu.de



**Klaus Rentsch**

Umweltpolitischer Sprecher

rentsch@dresden-cdu.de



**Dr. Helfried Reuther**

Sportpolitische Sprecherin

reuther@dresden-cdu.de



**Gunter Thiele**

Baupolitischer Sprecher

thiele@dresden-cdu.de



**Anke Wagner**

Sozialpolitische Sprecherin

wagner@dresden-cdu.de



**Daniela Walter**

Herstellung

walter@dresden-cdu.de

## Herausgeber:

CDU-Fraktion im Stadtrat Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257  
Fax 0351 4882972  
www.dresden-cdu.de  
cdu-fraktion@dresden.de



## Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,  
Fraktionsvorsitzender  
Andreas Rönsch,  
Geschäftsführer  
Marcel Duparré,  
Fraktionsreferent

## Fotos: Redaktion

Satz und Gestaltung:  
Z&Z Agentur Dresden

## Druck:

Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.